

BSE, Schweinedoping, Uranmunition, Klimakatastrophe, Castor-Transporte:

Für Profit gehen sie über Leichen



Das neue Jahr ist nur wenige Wochen alt und schon jagt (wieder) eine Horrormeldung die andere. Täglich werden neue Fälle von BSE-infizierten Rindern aufgedeckt, Schweine wurden in großem Stil mit Antibiotika, Hormonen und Impfstoffen vollgestopft, Uranmunition wurde flächendeckend auf dem Balkan eingesetzt, nach drei Jahren sollen bald wieder Castor-Transporte rollen und, last but not least, erklärten die Vereinten Nationen, dass die Erderwärmung höher ausfallen wird, als bisher angenommen.

Von Sascha Stanicic, Berlin

Dem Gesellschaftssystem, in dem wir leben, sind Gesundheit und Leben der Menschen offensichtlich nicht sonderlich wichtig. Anders ist nicht zu erklären, dass über Jahre und Jahrzehnte Gesundheit und Leben von Millionen Menschen unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt werden. Das Prinzip der etablierten Parteien und der Chefs von Banken und Konzernen heißt: vertuschen, ablenken, klein reden. Wenn es nicht mehr anders geht: große Töne spucken, den einen oder anderen Minister opfern, darauf hoffen, dass sich die sogenannte Öffentlichkeit wieder beruhigt, um dann weitermachen zu können wie bisher. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Doch die Damen und Herren aus

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP haben ihren Kredit bei den meisten Menschen verspielt: niemand ist mehr so dumm und glaubt einem Politiker oder einer Politikerin dieser Parteien. Nach einer Umfrage sagten 23 Prozent der Befragten, die Regierung habe so spät gegen BSE gehandelt, weil „ihnen die Verbraucher egal sind“, während 46 Prozent der Ansicht waren, dass „Angst vor der Wirtschaft“ der Grund war. Diesen 69 Prozent kann Schröder auch dadurch kein Vertrauen mehr einflößen, indem er das Landwirtschaftsministerium in Verbraucherschutzministerium umbenennt. Dieser Etikettenschwindel ist allzu leicht durchschaubar und 75 Prozent der Befragten in einer anderen Umfrage denken nicht, dass die Rücktritte von Funke und Andrea Fischer helfen, die Krise zu bewältigen. Stimmt: denn es sind nicht fehlerhafte individuelle politische Entscheidungen, die unser Leben gefährden, sondern handfeste wirtschaftliche Interessen und ein System, in dem der Profit für eine handvoll Konzernchefs und Großagrarien mehr zählt als die Bedürfnisse von Millionen.

Es ist der Profit, der die Agrarindustrie dazu treibt, pflanzenfressende Rinder zu Fleischfressern (und Kannibalen) zu machen und alle erdenklichen Tierabfälle aus Versuchslaboren zu Tiermehl zu verarbeiten. Es war der Profit, der es möglich machte, dass Tiermehl zwar 1988 in Bri-

tannien verboten wurde, aber danach munter weiter nach Deutschland exportiert wurde. Es ist der Profit (und imperialistisches Machtstreben), der die Rüstungskonzerne dazu veranlasst, Uran und Plutonium bei der Herstellung von Munition zu verarbeiten. Profitgier lässt Fabriken und Kraftwerke weiterhin die Treibhausgase ausstoßen, die zu Erwärmung der Erdatmosphäre führen.

Die große Mehrheit der Menschheit - die arbeitende Bevölkerung - sieht keinen Pfennig dieser Profite. Sie landen auf den Bankkonten der Reichen und Superreichen.

Wenn verhindert werden soll, dass Menschen an der durch BSE ausgelösten Creutzfeld-Jakob-Krankheit krepieren, dass verseuchtes Schweinefleisch unsere Körper resistent gegen Antibiotika macht, dass aufgrund der Erderhitzung zum Beispiel 71 Millionen Menschen in Bangladesch ihr Heim verlieren werden und ganze Inseln in der Nord- und Ostsee verschwinden werden, wenn verhindert werden soll, dass Atomkraftwerke und radioaktiv verseuchte Waffen weiter die Krebserkrankungen steigern - dann muss das Übel an der Wurzel gepackt werden.

Gerhard Schröder, Renate Künast oder Ulla Schmidt werden keine Wende in der Lebensmittelpolitik einleiten, denn das ginge nur im Konflikt mit der Lebensmittelindustrie. Schröders Maßnahmen, wie

der Stopp der Gentechnikgespräche zwischen Bundesregierung und Industrie, sind taktische Scheinmaßnahmen. Denn gleichzeitig werden Freilandversuche mit genverändertem Mais weiter möglich sein und sollen 1,85 Milliarden Mark in die Biotechnologie investiert werden (im Vergleich: der Bund will 15 Millionen und das Land Sachsen fünf Millionen Mark in die BSE-Forschung stecken, die deutsche Pharmaindustrie übrigens gar nichts, da es in diesem Bereich keine Gewinnerwartungen gibt). Etwas ändern wird sich nur dann, wenn der Wut und der Ärger auf die Straße und in die Betriebe getragen wird. Nur durch Mobilisierungen von unten, vor allem durch die abhängig Beschäftigten, können den Bossen Grenzen aufgezeigt werden.

Wenn dem Wahnsinn ein Ende gemacht werden soll, dann muss der wahnsinnigen kapitalistischen Marktwirtschaft ein Ende gemacht werden. Produktion für die Bedürfnisse von Mensch und Natur ist nur möglich, wenn die Produktion demokratisch kontrolliert und gelenkt wird.

Dazu bedarf es der Überführung der 200 größten Banken und Konzerne, einschließlich der Lebensmittelindustrie, in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. ■

BUNDESWEHR

Umbau zur Interventionsarmee

Seite 3

KLINIKUM KASSEL

Kampf gegen Privatisierung

Seite 4

AGRARPOLITIK

Gesundes Essen ohne Profit

Seite 6-7

ROBERT KURZ

Kritiker des Neoliberalismus

Seite 9

Uranmunition Kriegsspiele mit tödlichen Folgen für Soldaten und

Zbedeug

Seit einigen Wochen ist es raus: Auf dem Balkan wurden von den NATO-Armeen Munition mit abgereichertem Uran (DU) eingesetzt. Man geht davon aus, dass in Bosnien zwischen 1994 und 1995 rund

10.000 Uran-Geschosse abgefeuert wurden, im Kosovo-Krieg 31.000 Uran-Granaten (Berliner Tagesspiegel, 11.1.01).

Die gesundheitlichen Folgen für Soldaten und Zivilbevölkerung sind verheerend: Bis jetzt sind 6 italienische SFOR-„Friedenssoldaten“, die in Bosnien Dienst taten, an Leukämie gestorben, 4

französische Logistik-Soldaten, ein tschechischer Hubschrauber-Pilot, 5 Belgier, ein Portugiese, ein Däne, 27 Briten verstarben. Weitere erkrankten an Krebsarten nach ihrem Balkaneinsatz. Auch für in den Panzer ruinen spielende Kinder im ehemaligen Kriegsgebiet ist das Verstrahlungsrisiko hoch. Schon wird vom „Balkan-Syndrom“ gesprochen und es werden Vergleiche zum „Golfkriegssyndrom“ gezogen. So werden die Krankheitserscheinungen genannt, die viele Soldaten und die Bevölke-

rung im Irak heute noch als Spätfolgen des Krieges 1991 davortragen: Missbildungen bei Kindern britischer Golfkriegsveteranen traten häufig auf, und noch heute sterben 200 irakische Kinder pro Tag an radioaktiver Ver- suchung und dem Lebensmittel- und Medikamentenembargo gegen das Land (junge welt, 11.1.01).

Scharping und NATO wiegeln ab

Wie waren die Reaktionen der Offiziellen? Auf der Hardthöhe bestritt man anfangs, von irgendwas gewusst zu haben. Man versuchte die Verantwortung auf die USA abzuwälzen und Verteidigungsminister Scharping behauptete, das Nichtwissen der Bundesregierung über den Einsatz von Uran-Munition auf dem Balkan beruhe auf „lückenhafter Information der USA“. Dabei ist bekannt, dass seit den 80er Jahren Uran-Munition in Deutschland hergestellt und getestet wurde (namentlich von der Firma Rheinmetall in Bayern). Auch die Haltung von NATO-Generalsekretär Robertson war nicht viel besser: Er musste einräumen, Informationsmaterial erst nach einem Jahr Verspätung weitergeleitet zu haben.

Neue Kriege unvermeidlich

Dieser Skandal macht aufs Neue deutlich, dass die Herrschenden bereit sind, für Macht und Profit auf der Welt über Lei-



Vielleicht ist das Entsorgungsproblem beim AKW-Müll gar nicht so drängend: Statt kostspieliger Castor-Transporte kann der Müll ja in Bomben gepackt werden, die dann im Namen humanitärer Hilfe entsorgt werden. Der einzige politische Schritt der Grünen wäre möglicherweise, jedes Uran-Geschoss mit der Aufschrift: „Das Bundesumweltamt warnt: Der Gebrauch dieser Munition ist gesundheitsgefährdend“ zu versehen

US-Wirtschaft Platzt die Spekulationsblase?

In den 80er Jahren wurde uns die japanische Wirtschaft als lebendiger Beweis für die Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsweise präsentiert: Wenn wir uns in Deutschland nur ein Beispiel an den Japanern nehmen würden – weniger maulen, länger arbeiten und niedrigere Löhne akzeptieren. Anfang der 90er Jahre stürzte die japanische Wirtschaft jedoch ins Bodenlose ab, Unternehmens- und Bankenpleiten, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung schnellten in Rekordzeit von Null auf Hundert. Eine Erklärung für diesen rapiden Leistungsverfall in kürzester Zeit blieben die bürgerlichen Ökonomen, Journalisten und Politiker schuldig. Stattdessen zauberten sie neue „Musterländer“ aus dem Hut: die sogenannten asiatischen Tigerstaaten. Flexibilisierte Arbeitsbedingungen ohne gewerkschaftliche Hindernisse wurden uns wiederum als Rezept für ein erfolgreiches Wirtschaften präsentiert. Seit der Asienkrise 1997 sind diese Lobgesänge schlagartig verstummt. An Stelle der südostasiatischen Tigerstaaten ist seit dem die USA getreten.

Gebetsmühlenartig wurde uns die amerikanische Wirtschaft als Beweis für die Großartigkeit des Kapitalismus vorgehalten, der es nun endlich geschafft hat, niedrige Inflation und niedrige Arbeitslosigkeit zu kombinieren – allerdings eben nur in den USA. Das angebliche Patentrezept: Niedrige Sozialleistungen, ausgehöhlter Kündigungsschutz, und flexible, deregulierte Arbeitsmärkte ohne bössartige Gewerkschaften, kurz: eine neue innovative Form des Wirtschaftens („new economy“), die durch neue Technologien Produktivitätsfortschritte erzielt ohne wie in der Vergangenheit die

Kaufkraft zu beschneiden.

US-Konjunkturindikatoren zeigen nach unten

Doch auch diese neoliberale Seifenblase wird in den nächsten Monaten zerplatzen. Seit einigen Wochen wird nicht mehr diskutiert, ob die USA in eine Rezession gleitet, sondern nur noch wie tief diese sein wird. Die wirtschaftlichen Indikatoren zeigen nach unten: Das Wirtschaftswachstum hat sich von durchschnittlich 7 Prozent im zweiten Halbjahr 1999 und 5 Prozent im ersten Halbjahr 2000 auf 2 Prozent im zweiten Halbjahr 2000 verlangsamt; der Standard & Poors-Index, der die Kreditwürdigkeit und damit die Kursentwicklung der 500 wichtigsten US-Konzerne widerspiegelt, ging letztes Jahr um 10,5 Prozent zurück, der technologieelastige NASDAQ-Index brach um 38,7 Prozent ein, der größte Rückgang seit seiner Gründung 1972; rückgängig sind auch die Auftragsbestände in den meisten Industriebranchen. General Motors hat am 12. Dezember letzten Jahres angekündigt, 10.000 Beschäftigte zu entlassen. Andrew Hill beschreibt den Zustand der US-Wirtschaft in seinem Kommentar für die Financial Times vom 12.12.: „Private Hedge Fonds und Investmentbanken richten Fonds ein, um verschuldete Firmen zu kaufen, Anwaltskanzleien, die sich auf Konkurse und Gläubigerschutz spezialisiert haben, vergrößern ihre Belegschaft. Die Unternehmen, die noch vor einem Jahr an ihrer Kapazitätsgrenze produzierten, über internetbasierte Lagerhaltungssysteme schwadronierten und Schwierigkeiten hatten, die Nachfrage zu befriedigen, sind nun wieder mit Überkapazitäten, Überproduktion und Überbewertung konfrontiert – und das erschreckend plötzlich.“

Nur zwei der 60 Rezessionen, die weltweit in den 90er Jahren

auftraten, wurden von bürgerlichen Ökonomen zwölf Monate vorher prognostiziert, zwei Drittel wurden auch 7 Monate vorher noch nicht erkannt (Financial Times, 18.12.00).

Enorme Widersprüche seit 1991 angehäuft

In der Tat haben die USA seit der letzten Rezession 1991 den längsten Aufschwung ihrer Nachkriegsgeschichte erlebt. Fast durchgängig konnten im Jahresmittel Wachstumsraten von 4 Prozent erreicht werden. Die Ursachen hierfür waren aber weder flexible Arbeitsmärkte, Billiglöhne und Sozialabbau noch die mystische Auferstehung einer technologie- und wissensbasierten „new economy“ ohne Inflation und Arbeitslosigkeit, sondern eine Reihe von Sonderfaktoren, die alle zugunsten der US-Wirtschaft wirkten und sich spiralförmig selbst verstärkten. Eigentlich hätte die Weltwirtschaft samt den USA schon 1998 in eine Krise gleiten müssen. Die Krise blieb jedoch zunächst auf rund 40 Prozent der Welt begrenzt: Asien, Russland und Lateinamerika. Verantwortlich hierfür waren im wesentlichen vier Sonderfaktoren: die mit der Asienkrise einsetzende Kapitalflucht aus den Krisenregionen in die USA, der Fall der Rohstoffpreise, die expansive Wirtschaftspolitik der USA und der begünstigt durch das gelungene Krisenmanagement im Fall des ins Strudeln geratenen Spekulationsfonds Long Term Capital Management (LTCM) anhaltende Spekulationsboom an den Finanzmärkten. Ausgelöst durch diese Kombination von Faktoren setzte in den USA eine sich selbst verstärkende im wesentlichen nachfrageinduzierte Aufwärtsspirale ein. Die US-Wirtschaft konnte für einen kurzen Zeitraum wie schon im Nachkriegsaufschwung eine Lokomotivfunktion für die Weltwirtschaft

unser standpunkt

Der Fischer von damals – und die Heuchelei von heute

Die Bundestags-Opposition stürzt sich auf Außenminister Fischer, weil er in den siebziger Jahren in der linken Hausbesetzer-Szene in Frankfurt aktiv war und bei den Prügelorgien der Polizei nicht die andere Backe hinhielt. Darüber empören sich Parteien, in denen es nach dem Zweiten Weltkrieg von alten Nazis wimmelte, die gegen ihre Gegner nicht nur die Fäuste einsetzten – Leute wie Hans Globke, Mitverfasser des Kommentars zu Hitlers Rassengesetzen und ab 1953 Adenauers Kanzleramtsminister. Der Abscheu über die vielen alten Nazis in Amt und Würden war eines der Motive für die Außerparlamentarische Opposition, zu deren letzten Ausläufern Fischer gehörte. Mitte der siebziger Jahre gab es in Westdeutschland eine Million Obdachlose, eine weitere Million in menschenunwürdigen Behausungen und 300.000 leerstehende Wohnungen. Spekulanten ließen Wohnungen verfallen, um sie durch profitable Büroaläste zu ersetzen. Dass Fischer damals dagegen aktiv war, darauf dürfte er stolz sein. Hausbesetzungen hatten oft eine große Sympathie in der Bevölkerung. „Die Nachbarn schenkten Möbel, die Besucher in den Häusern und bei den Info-Ständen spendeten Geld und unterschrieben Sympathieerklärungen. Bei den Außenstehenden war eine starke Betroffenheit gegenüber der Wohnungssituation spürbar. Bei den Info-Ständen brachten die Leute ihre eigene Wut zum Ausdruck und erzählten von ihren Erfahrungen bei der Wohnungssuche“ (Erfahrungsbericht aus der VORAN Nr. 48, 1980). Es war allerdings aussichtslos, sich auf Zweikämpfe mit der Polizei einzulassen, statt auf

diese Unterstützung zu setzen. Aber nach einem kurzen Gastspiel in der Fabrik hatte Fischer die arbeitende Bevölkerung abgeschrien. Darin ist sich Fischer treu geblieben. Wer die einzige Kraft nicht sieht, die eine menschliche, sozialistische Gesellschaft schaffen kann, landet in der Sackgasse. Fischer hat die Konsequenz gezogen, dieses Ziel aufzugeben und statt dessen die Interessen der Herrschenden zu verteidigen. Leute, die den Krieg von Fischer und Co. gegen das jugoslawische Volk lobten und Flüchtlinge zu Folterern und Mördern abschieben lassen, sorgen sich, ob Fischer noch gegen das Misshandeln von Flüchtlingen durch Neonazis auftreten kann. Als ob Gewalt gegen die Werkzeuge des staatlichen Unterdrückungsapparats und gegen Flüchtlinge, Obdachlose, Behinderte etc. das gleiche wäre. Warum wird das heute aufgewärmt? Fischers Vergangenheit war kein Geheimnis. Dass sie jetzt hochgekocht wird, ist auch ein Versuch, die neue Generation von Jugendlichen einzuschüchtern, die anfängt, sich gegen Nazi-Aufmärsche, IWF- und EU-Gipfel oder Castor-Transporte zu wehren. Wenn wir erfolgreicher sein wollen als der Fischer der siebziger Jahre, müssen wir die arbeitende Bevölkerung mobilisieren, insbesondere die Gewerkschaften (womit es beim EU-Gipfel in Nizza und gegen Nazis schon kleine Erfolge gab). Wir müssen alles daran setzen, dass die Gewerkschaften wieder zu echten Kampforganisationen werden. Darüber hinaus ist der Aufbau einer politischen Interessenvertretung für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche nötig – mit einem klaren sozialistischen Programm.

chen zu gehen und ihnen die Schicksale einfacher Soldaten, kleiner Kinder und anderer einen Scheißdreck wert sind, solange sie ihre Einflussbereiche auf der Welt sichern können und die Rüstungsindustrie ordentlich Kasse machen kann. Solange es dieses System, den Kapitalismus, gibt, wird es auch kriegerische Ausein-

andersetzungen geben. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes haben auch die Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten zugenommen. Wie die (noch verdeckten) Angriffe der deutschen Regierung auf die USA in der Affäre zeigen, will Deutschland wieder zunehmend eine eigene Rolle als Welt-

macht spielen, wie man teilweise schon während des NATO-Krieges auf dem Balkan sehen konnte. Für uns als SozialistInnen kommt es darauf an, zu erklären, dass der Konkurrenzkampf immer wieder zu Aufrüstung und militärischen Konflikten führt. Nötig ist es, eine starke Bewegung aufzubauen, die jegliche



Mit dem Kursfeuerwerk an der New Yorker Wall Street ist es vorbei – die Party ist zu Ende

einnehmen und so verhindern, dass die Asienkrise noch tiefer und länger wurde. Doch der Preis für diese „künstliche“ Verlängerung des Aufschwungs ist hoch. Die gleiche Spirale, die sich in den letzten drei Jahren nach oben drehte, droht nun, sich in einem wiederum selbst verstärkenden Prozess nach unten zu drehen.

Verschuldung

Zwischen 1997 und 2000 ist die US-Binnennachfrage um jährlich 5,3 Prozent angewachsen, das Bruttoinlandsprodukt jedoch nur um 4,3 Prozent, die künstliche Verlängerung des Aufschwungs erfolgte also auf Pump. Die künstliche Überhöhung der Nachfrage drückt sich nun einerseits in einem laufenden Zahlungs- und Handelsbilanzdefizit und andererseits in einer maßlosen Verschuldung der amerikanischen Unternehmen und Haushalte aus. Im Durchschnitt reicht heute das Jahresinkommen eines Amerikaners nicht mehr aus, um die Verschuldung vollständig zu tilgen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren die amerikanischen Haushalte zumindest auf dem Papier rund zehn Billionen Dollar reicher geworden, dieses fiktive Aktienvermögen schmilzt nun zusammen. Da die US-Wirtschaft gegenwärtig zu zwei Dritteln am Konsum hängt, wird dieser Rückgang der Konsumgüternachfrage weitreichende Folgen haben. Der Schuldenberg der Unternehmen ist auf

4,3 Billionen Dollar – fast 50 Prozent des US-Bruttoinlandsproduktes – angewachsen (Der SPIEGEL 50/2000). Die Sparquote der USA – ein Indikator für die Fähigkeit einer Volkswirtschaft in der nächsten Periode aus eigenen Ressourcen Investitionen zu tätigen – hat ihren tiefsten Stand seit 1933 erreicht.

Die strukturelle Überakkumulation auf den Güter- und Finanzmärkten hat einen historischen Höchststand erreicht, der in der letzten gespaltenen Weltwirtschaftsrezession von 1991-93 nur minimal bereinigt wurde und sich sofort danach wieder selbst übertraf.

Die leichte wirtschaftliche Erholung in Teilen Asiens und das Wachstum in Europa basieren in erster Linie auf den, durch den starken US-Dollar, billigen Exporten in den durch Unternehmens- und Haushaltsverschuldung künstlich vergrößerten US-Markt. Seit 1998 kamen ungefähr zwei Drittel des globalen Nachfragezuwachses aus den USA. Die Freude über den gegenwärtig in Relation zum Dollar steigenden Euro wird nun von kurzer Dauer sein. Der Abschwung der US-Wirtschaft birgt erhebliche Risiken für die gesamte Weltwirtschaft.

Wiederbelebung von Kämpfen

Unabhängig vom genauen Verlauf der Krise ist eines sicher:

Dem neugewählten Präsident der USA wird seine Freude über die knapp gewonnene Wahl im Halse stecken bleiben. Denn ähnlich wie in Südostasien ist schon jetzt eine sichtbare Wiederbelebung von Klassenbewusstsein bzw. -kämpfen in den USA zu beobachten. Zum Beispiel erkämpften die rund 85.000 Beschäftigten von Verizon Communications, einem der großen Telekommunikationskonzerne, letztes Jahr enorme Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitsbedingungen nach einem harten Streik. Die Wut in der Arbeiterklasse ist enorm, da vom Aufschwung seit 1991 im wesentlichen das oberste Prozent der Gesellschaft profitierte. 1999 verdiente ein durchschnittlicher Topmanager 475mal so viel wie ein einfacher Angestellter, sechs mal mehr als noch Anfang der 90er Jahre. Paul Osterman, Professor am Massachusetts Institute of Technology's, beschreibt diese Form der Wiederbelebung von Kämpfen: „Wir können heute das zahlenmäßige Anwachsen und den zunehmenden Aktivitätsgrad einer neuen Generation von Organisation beobachtet, die Arbeiterinteressen vertreten. Diese Entwicklung, zusammen mit der Wiederbelebung der traditionellen Gewerkschaften, kann das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in Zukunft zugunsten der Arbeiter umdrehen.“

Lorenz Blume, Kassel

Auf Kriegskurs

Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee

„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“ Das sagte der ehemalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Jahr 1949. So groß war die Ablehnung gegen den deutschen Militarismus, dass selbst der reaktionäre Strauß zeitweilig Kreide fressen musste.

Von Jörn Kroppach, Hamburg

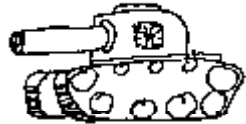
55 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges mischt das deutsche Militär international in militärischen Krisen und Konflikten wieder mit. Selbst Kriegseinsätze, siehe Balkankrieg 1999, sind nicht mehr tabu. Die deutsche Regierung, die Wirtschaft und das Militär wollen bei Auslandseinsätzen nicht länger hinter den USA, Frankreich und Britannien zurückstehen: „Wenn Deutschland seine Verantwortung innerhalb der Staatengemeinschaft wahrnehmen will, wird die Bundeswehr in der Zukunft einen wesentlichen und hochwertigen Beitrag zu internationalen Friedensmissionen leisten müssen. [...] Dazu werden militärische Kräfte künftig in Krisenregionen verlegt, um möglichst effektiv und unter Minimierung eigener Verluste die politisch bestimmten Ziele zu erreichen“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping am 8.9.99).

Umbau der Bundeswehr

Um das umzusetzen, soll die deutsche Armee moderner, flexibler und professioneller werden. Sie soll sich von dem Prinzip der Landesverteidigung praktisch verabschieden und zu einer internationalen Eingreiftruppe werden. Die Größe der Bundeswehr soll nach Plänen der von Schar-

ping eingesetzten Wehrstrukturkommission von 340.000 auf 240.000 gesenkt werden. Die

WAS IST DAS?



NATÜRLICH, EIN PANZER

Anzahl der Krisenreaktionskräfte – Soldaten für den Einsatz im Ausland – soll von 60.000 auf 150.000 erhöht werden, die Anzahl der Wehrpflichtigen auf 30.000 sinken. Die Bundeswehr wird weitgehend in eine Berufsarmee umgewandelt, es soll nur noch nicht so offen gesagt werden. Die Bundeswehr soll zu einer High-Tech-Armee mit Spionagesatelliten und sogenannten Präzisions- und Abstandswaffen werden.

Eines der Argumente, mit denen der Öffentlichkeit gegenüber der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee begründet wird, ist die angebliche Kostenersparnis. Aber in den nächsten Jahren sollen für große Rüstungsprojekte rund 75 Milliarden Mark ausgegeben werden. Allein für die Anschaffung neuer Transportflugzeuge sind 10 Milliarden Mark eingeplant. Die Flugzeuge werden gebraucht, um Bundeswehrsoldaten zukünftig schnell zu Kampfinsätzen in fremde Länder zu bringen.

Unter dem Eindruck des II. Weltkrieges und seiner Folgen war die Ablehnung von Militär und Wehrpflicht in Deutschland überwältigend.

Die „Bedrohung durch die Sowjetunion“ diente als Argument

für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Die BRD trat der NATO bei, 1955 wurde die Bundeswehr gebildet, 1956 folgte die allgemeine Wehrpflicht. Ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Bundesrepublik schien aber jahrzehntlang undenkbar.

Neue Militärdoktrin

Nach der Wiedervereinigung, nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz durch den Zusammenbruch des Stalinismus, sah man in Deutschland die Zeit gekommen, die aufgezwungene mi-

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN ARBEITER. DER MUSS DEN PANZER BAUEN

litärische Zurückhaltung in außenpolitischen Fragen aufzugeben. Schon 1992 wurde in einer neuen Militärdoktrin festgelegt, dass das Eingreifen in Krisengebieten größere Bedeutung gewinnt: „[...] Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: [...] Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. [...] Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie“ (Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.92). Der damalige Generalinspekteur Naumann

wurde 1993 noch deutlicher: „Es gibt zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen.“ Eine Politik, die mit militärischen Mitteln ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzt – „ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ – nennt man übrigens Imperialismus.

Hauptproblem der deutschen Imperialisten für die Durchführung internationaler Bundeswehreinätze war der tiefverwurzelte Widerstand in der Bevölkerung. Die Arbeiterbewegung und die später entstandene Friedensbewegung hatten aufgrund der Erfahrung aus zwei Weltkriegen jahrzehntlang gegen Aufrüstung und Krieg gekämpft. Da sich deshalb die Mehrheit der Bevölkerung kaum für imperialistische Motive begeistern lässt, mussten die Menschen erst an Bundeswehreinätze gewöhnt werden. Verteidigungsminister Rühle sagte 1993, man müsse „Schritt für Schritt vorgehen“. Die ersten Schritte sahen wie folgt aus: 1991 Minenräumboote nach dem Golfkrieg im Persischen Golf und „Flüchtlingshilfe“ der Bundeswehr für

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN SOLDAT. DER LERNT, IN DEM PANZER ZU STERBEN

irakische Kurden, 1992/93 Sanitätseinsätze in Kambodscha, ab 1992 Versorgungsflüge für Sarajewo und Zerstörer in der Adria, von 1992 bis 1994 Einsatz in Somalia, ab 1993 AWACS-Flüge über bosnischem Luftraum.

Geschwätz von gestern

„Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschlands noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen“ (Joschka Fischer, Die Woche, 30. 12. 94).

Und genau das, wovon Joschka Fischer 1994 warnte, wurde ab 1998 unter seiner Führung als Außenminister fortgeführt. Es blieb einer rot-grünen Bundesregierung vorbehalten, den ersten echten Kampfeinsatz der deutschen Armee seit dem II. Weltkrieg zu genehmigen. Dass die humanitären Gründe nur vorgeschoben sind, sagte Joschka Fischer 1999 ausnahmsweise selbst: „Man erwartet von uns eine grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement für den Frieden und zur Verhinderung humanitärer Katastrophen. [...] Es geht aber nicht nur um Werte, sondern auch um Interessen [...]“ (in einem Vortrag am 24. November 1999).

Störfaktor Wehrpflicht

Für künftige Kriegseinsätze der Bundeswehr ist die heutige Wehrpflichtigen-Armee aus Sicht der Herrschenden nicht am Besten geeignet. Dass es gefährlich sein kann, einen Krieg überwiegend mit Wehrpflichtigen zu führen, musste die Regierung der USA im Vietnam-Krieg Ende der 60er Jahre erfahren. Dass der Krieg für die USA verloren ging, lag auch am Widerstand innerhalb der Armee und im eigenen Land aufgrund der Berichte der Wehrpflichtigen über einen grausamen Krieg. „Es ist schwer, eine Wehrpflichtarmee international einzusetzen, weil auf jeden Wehrpflichtigen zwei Elternteile und vier Großeltern schauen und von

der Notwendigkeit eines Einsatzes überzeugt werden wollen“ – meint Scharping (Interview mit dem SPIEGEL 22/2000).

Die Grünen verkaufen uns ihre Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht als fortschrittliche Maßnahme. Das Problem ist nur, dass es nicht um die Abschaffung der Wehrpflicht geht, sondern um die Schaffung einer Berufsarmee. Eine Berufsarmee ist gegenwärtig ein viel geeigneteres Mittel, um die „deutschen Interessen“ im Ausland militärisch durchzusetzen. Aber diese „deutschen Interessen“ sind die Geschäftsinteressen deutscher Konzerne, die auf der Suche nach neuen Absatzmärkten sind. Es ist kein Zufall, dass mit den deutschen Soldaten auf dem Balkan auch die DM Einzug gehalten hat.

Immer wieder ist die Armee bei Aufständen und großen Streikbewegungen gegen die ArbeiterInnen eingesetzt worden. In der Bundesrepublik wurde 1968 trotz breiter Proteste das Grundgesetz geändert und die sogenannten Notstandsgesetze beschlossen. Demnach darf im Falle innerer Unruhen, bei Gefahr für „die freiheitliche demokratische Grundordnung“, die Armee eingesetzt werden. Als im Herbst die britischen LKW-Fahrer gegen die hohen Spritpreise protestierten und die Treibstoffversorgung lahm legten, drohte Regierungschef Blair mit dem Einsatz der Armee.

Eine Armee aus Wehrpflichtigen, die gezwungenermaßen ihren Dienst ableisten und anschließend wieder zu ihren KollegInnen in den Betrieb zurückkehren, lässt sich schlechter gegen aufrührerische ArbeiterInnen einsetzen, als eine Armee aus Berufssoldaten.

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN UNTERNEHMER, DER SICH AN DEM ARBEITER, DEM SOLDATEN UND DEM PANZER KRÄHM UND DÄWALICH VERDIENT HAT

Die Kasernierung, abgesondert von der arbeitenden Bevölkerung, begünstigt bei diesen Berufssoldaten einen rechten, reaktionären Elite- und Korpsgeist.

SozialistInnen gegen Berufsarmee

SozialistInnen sind gegen die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee. Sie kämpfen stattdessen für volle demokratische Rechte für Soldaten einschließlich Streikrecht und Recht auf Wahl und Abwahl der Offiziere. Eine freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst bei gleicher Dienstzeit und einem Sold von 2.000 Mark netto muss gewährleistet sein. Nötig ist eine sofortige drastische Senkung der Rüstungsausgaben und die Auflösung der Krisenreaktionskräfte. Der Kampf für diese Forderungen und gegen den Militarismus muss zum Ziel haben, die Armee im Ernstfall unbrauchbar für die aggressiven Ziele der Herrschenden zu machen. Letztendlich lehnen SozialistInnen eine Armee, die die Interessen der Kapitalisten nach innen und außen vertritt, grundlegend ab.

Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht mag so manchen freuen, der nicht zur Bundeswehr muss. Beim Umbau der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee geht es aber nicht um die persönlichen Interessen des einzelnen Wehrdienstleistenden oder um Kostenersparnisse. Es geht um die militärische Durchsetzung von Machtinteressen – und schließlich um Krieg. ■

Ihr da oben ...



Hummertörtchen

Agrarpolitik müsse in Zukunft von der Ladentheke her gedacht werden, mahnt Kanzler Schröder. Wenn die VerbraucherInnen Qualität nachfragen würden dann würde auch Qualität produziert. Das weiß der Kanzler schließlich aus eigener Erfahrung. Beim Gala-Diner für den scheidenden BDI-Chef Henkel wurden für die Industriebosse und den Kanzler aufgetragen: Hummertörtchen, Entenleberbaumkuchen, Rehrückenroulade, Austernsushi mit Ingwer, Wachtelterrinen mit Waldpilzen, Zander im Kräutermantel und Deichlamm mit Rahmböhnchen. Kein Wunder, dass Schröder gar nicht verstehen kann, dass es immer noch Leute geben soll, die Fleischwurst beim Aldi, Bockwürstchen beim Lidl oder abgepacktes Schweinefleisch aus der Tiefkühltruhe bei Plus kaufen.

Kontrolliert?

Lebensmittelhersteller werden gerne mit dem Zusatz, aus „kontrolliertem“ oder „integriertem“ Anbau. Integriert heiße nur, dass sich die Hersteller an die üblichen Gesetze hielten, erklärt dazu der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau. Und kontrolliert heiße gar nichts. „Auf diesen Waren steht nicht einmal drauf, was da angeblich kontrolliert wird. Vielleicht, ob der Deckel zu ist?“

Wahnsinn

„Bereits vor zehn Jahren entdeckte die Veterinärin Margrit Herbst auf dem Schlachthof in Bad Bramstedt 21 Rinder mit BSE-Symptomen. Weil sie öffentlich eine Untersuchung forderte, wurde sie als „durchgedreht“ von der Kreisverwaltung Bad Segeberg entlassen.“ (Die Zeit, 11.1.01)

Aufpreis

Gegen einen Aufpreis von 15.000 Mark bietet die Firma Porsche ihren Kunden den Einbau von neuartigen Keramik-Bremsscheiben an. Erhältlich derzeit leider nur für den Porsche 911 Turbo, der aber auch ohne Spezialbremsen über 200.000 Mark kostet.

Nein, wir glauben nicht, dass jetzt zahlreiche VORAN-LeserInnen losrennen, um dieses Accessoire bei ihrem Porschehändler zu ordern. Wir wollten nur mal daran erinnern, dass es eine Antwort auf die beliebte Frage von Finanzminister Eichel gibt: „Woher soll denn das Geld für Sozialausgaben kommen?“ Vielleicht mal von den Leuten, die 15.000 Mark für vier Bremsscheiben zahlen können.

Teure Lüge

Die Centrale Marketing Gesellschaft (CMA) der deutschen Fleischindustrie steckt acht Millionen Mark in eine neue Werbekampagne. Motto: „Deutsches Rindfleisch ist sicher!“



... wir hier unten

Einstein konnte die Welt erklären – weil er Sozialist war



CDU-Generalsekretär Meyer bei der Vorstellung der Kampagne seiner Partei, die unter Kohl und Blüm selbst mit der Rentendemonstration begonnen hatte. Auf dem Plakat heißt es: „Der eine kann die Welt erklären. Der andere nicht mal die Rente“

Die CDU weiß, dass Einstein „die Welt erklären“ konnte (siehe ihr Plakat zur Rentenfrage). Was sie nicht wissen (wollen), dass Einstein sich selbst als Sozialist verstand. 1949 schrieb er zum Beispiel einen Artikel mit dem Titel „Warum Sozialismus?“. Hier ein Auszug:

„Die wirtschaftliche Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie heute existiert, ist meiner Meinung nach die Quelle allen Übels. Privatkapital tendiert dazu, in wenigen Händen konzentriert zu sein. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie des privaten Kapitals, eine enorme Macht, die noch nicht einmal durch eine demokratisch organisierte politische Gesellschaft effektiv kontrolliert werden kann.

Das Profitmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz unter den Kapitalisten für eine Instabilität bei der Akkumulation und der Nutzung

des Kapitals verantwortlich, die zu zunehmend tiefen Krisen führt.

Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer großen Verschwendung von Arbeit und zu einer Verkrüppelung des sozialen Bewusstseins der Individuen. Diese Verkrüppelung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus.

Ich bin überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese schwerwiegenden Übel zu überwinden, nämlich durch die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft. In einer solchen Wirtschaft werden die Produktionsmittel von der Gesellschaft besessen und in einer geplanten Weise eingesetzt. Eine geplante Wirtschaft, die die Produktion den Bedürfnissen der Gemeinschaft anpasst, würde die zu erledigende Arbeit auf alle verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind den Lebensunterhalt garantieren.“

Privatisierung Klinikum Kassel

Der Kampf geht weiter

Schätzungen gehen davon aus, dass in 5 bis 8 Jahren von den heute noch 2.300 Krankenhäusern 1.800 übrig bleiben und die Großkliniken von einigen wenigen Unternehmensketten beherrscht werden. Die gesetzliche Grundlage für den Kahlhieb in den Krankenhäusern wurde durch die sogenannte „Gesundheitsreform“ der rot-grünen Bundesregierung gelegt. Die Folgen greifen jetzt mit aller Härte: in Form von Leistungsverminderung, Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung und Lohnklausen bei den Krankenhausbeschäftigten.

Das Klinikum Kassel ist das erste Großklinikum, das jetzt privatisiert werden soll. Wir Beschäftigten müssen deshalb die erste Belegschaft sein, die das verhindert.

Von Steffi Nitschke, ÖTV-Vertrauensleutesprecherin, Klinikum Kassel *

1992 wurden die Städtischen Kliniken Kassel in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt. SAV-Mitglieder, die damals die Mehrheit bei den Kasseler Jusos hatten, lehnten diese Rechtsformänderung ab. In einem Antrag der Jusos an den Unterbezirksparteitag der SPD vom Februar 1992 hieß es: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass private Rechtsformen in der Folge auch Privatisierung und Stellenabbau nach sich ziehen.“ Der damalige und heutige Stadtkämmerer Barthel (SPD) und der frühere Amtsleiter und heutige Geschäftsführer Schäfer schlossen damals eine Privatisierung definitiv aus. Heute stehen beide an der Spitze der Privatisierungstreiber.

Lohnraub

Von der Rechtsformumwandlung profitiert hat der frühere Amtsleiter. Seine Beförderung zum Geschäftsführer des Klinikum Kassel brachte ihm ein Jahresgehalt von 370.000 Mark. Und von uns Beschäftigten verlangt er ständig höhere Leistungen bei gleichen oder sogar niedrigeren Löhnen. Durch Ausgliederungen wurden zum Beispiel im hauswirtschaftlichen Bereich die Löhne für Neueingestellte um 13 Prozent abgesenkt. Inzwischen wurde angekündigt, dass in diesem Jahr 30 von 210 Ausbildungsplätzen abgebaut werden sollen.

Widerstand

Als im Frühjahr 2000 die Privatisierungspläne bekannt wurden, ging die ÖTV-Betriebsgruppe sofort in die Offensive. Mit unserer Kampagne „Hände weg vom Klinikum“ organisierten wir im Betrieb und auf der Straße erfolgreichen Widerstand. In VORAN Nr. 216 wurde darüber berichtet. Inzwischen gibt es einen neuen Vorstoß der Privatisierer, auf den wir über die ÖTV-Betriebsgruppe sofort reagiert haben. Auf einer Betriebsversammlung am 29.11.00 waren 1.000 Kolleginnen und Kollegen anwesend und brachten ihren Unmut und Widerstand deutlich zum Ausdruck. Die nächsten Wochen vor der Kommunalwahl am 18. März werden wir verstärkt nutzen, um die Privatisierung abzuwehren. Dabei geht es auch darum, den Kampf gemeinsam mit Belegschaften anderer städtischer Betriebe zu führen. Fest steht bereits eine gemeinsame Demo am 3. März. In der Diskussion ist auch eine stadtweite Betriebsversammlung während der Ar-

beitszeit, die das öffentliche Leben in der Stadt zum Erliegen bringen würde. Vorbereitet werden die Aktionen in einem Aktionskomitee.

ÖTV muss handeln

Wir verlangen vom ÖTV-Hauptvorstand bundesweit endlich den Kampf gegen Privatisierung aufzunehmen. Das haben wir bei einem Treffen mit Vertretern des ÖTV-Hauptvorstandes deutlich gemacht. Dafür muss jetzt aus allen Bereichen Druck organisiert werden. Deshalb unterstützen ÖTV-Betriebsräte am Klinikum den Antrag der Abteilung Krankenhäuser der ÖTV Stuttgart-Böblingen, der vom Hauptvorstand fordert, dass er bis spätestens Ende des ersten Halbjahres 2001 eine bundesweite Konferenz von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten durchführt, bei der der Kampf gegen Privatisierung im Gesundheitswesen und die Verteidigung des Flächentarifvertrages diskutiert werden. Denn eines ist klar: Gewerkschaften werden nicht durch ver.di gestärkt, sondern durch den Kampf für die Interessen der Mitglieder. Und im Kasseler Klinikum sind seit Beginn unseres entschlossenen Kampfes im Frühjahr 2000 hundert Kolleginnen und Kollegen in die ÖTV eingetreten.

* Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person



1.000 KollegInnen kamen zur Betriebsversammlung am 29. 11.

Kündigungen und Arbeitsplatzabbau Keine Ruhe im Studentenwerk Aachen

Die letzte Ausgabe der VORAN berichtete über den ersten Teilerfolg der KollegInnen des Studentenwerks und des Solikomitees gegen Arbeitgeberwillkür im Kampf gegen die Kündigungen des Personalratsvorsitzenden Manfred Engelhardt.

Von Tanja Niemeier, Aachen

Das Oberverwaltungsgericht Aachen hatte Anfang Dezember beide Kündigungen gegen Engelhardt verworfen. Das Solikomitee war sich damals bereits einig, dass dies zwar ein entscheidender Erfolg war, dass es aber dennoch notwendig ist, wachsam zu bleiben und sich nicht darauf zu verlassen, dass die Geschäftsführung des Studentenwerks (in Zusammenarbeit mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung) nun Ruhe geben wird.

Ihr Ziel ist es, den kritischen und sozialistischen Personalratsvorsitzenden loszuwerden, um die aus ihrer Sicht längst überfällige Privatisierung des Studentenwerks, allen voran der Essensversorgungsbetriebe durchzuführen.

Das Solikomitee sollte Recht behalten

Die Geschäftsführung geht in Berufung, so dass die Kündigungen erneut verhandelt werden müssen. Die Wiederaufnahme des Prozesses kann sich monatelang hinziehen und soll genutzt werden, um bis dahin jeglichen Protest und Solidarität mit Manfred verebben zu lassen.

Gleichzeitig hat die Geschäftsführung den Antrag auf Ausschluss Manfred Engelhardts aus dem Personalrat gestellt. Nichts soll unversucht bleiben; würde Engelhardt tatsächlich aus dem Personalrat ausgeschlossen, so würde er keinen besonderen Kündigungsschutz mehr genießen und bei der „Kreativität“ der Geschäftsführung ist anzunehmen, dass ihm bald wieder gekündigt würde; die Geschäftsführung jedoch in einer besseren Ausgangsposition wäre.

Rausschmiss von Aushilfskräften

Um sich für die Niederlage in den juristischen Auseinandersetzungen zu rächen, ist der Geschäftsführung jedes Mittel recht. Das machen die neuesten Entwicklungen deutlich. Alle studentischen Aushilfskräfte, die sich mit vielen

anderen Beschäftigten in eine Unterschriftenliste gegen die Politik des Geschäftsführers eingetragen hatten, wurden - nachdem sie auf ihre Meinungsfreiheit bestanden hatten und sich weigerten, die Unterschrift zurückzuziehen, - entlassen. Die AktivistInnen des Solikomitees, Conny Dahmen, Norbert Pittel und Dirk Czecior, wurden als erste rausgeschmissen.

Damit greift sich die Geschäftsführung gezielt die Schwächsten, nämlich diejenigen ohne festen Arbeitsvertrag, heraus und gibt gleichzeitig einen Wamschuss ab, um den Rest der Belegschaft einzuschüchtern. Gemeinsam sind die Betroffenen, die ÖTV Aachen, das Solikomitee, die Vertrauensleute im Studentenwerk und der AstA der TH entschlossen, die Wiedereinstellung durchzusetzen.

Stellenstreichungen geplant

Die Besessenheit der Geschäftsführung, Manfred Engelhardt so schnell wie möglich loszuwerden, hat auf der Verwaltungsratssitzung Ende Dezember neuen Sinn bekommen.

31 Stellen (oder 15 Prozent der Gesamtbelegschaft) sollen im Studentenwerk Aachen abgebaut werden. Wegen der hohen Quote an Teilzeitbeschäftigten kommt es aber laut Engelhardt einem Abbau von 51 Stellen gleich.

Mit der Einführung sogenannter „Relais-Küchen“ (das Essen wird nicht mehr vor Ort gekocht, sondern zentral gekocht und aufgewärmt) soll Personal eingespart werden und das Essen schlechter werden. In Jülich (in der Nähe von Aachen) gibt es ersten Widerstand von Studierenden und Professoren gegen die geplanten Maßnahmen. Bei einer Meinungsumfrage von 551 Mensa-Kunden an der FH-Jülich sprachen sich nur 14 für die angestrebten Veränderungen aus. Es geht jetzt darum, diesen begonnenen Widerstand auch innerhalb der Studentenschaft in Aachen zu organisieren und deutlich zu machen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der Essensversorgung und den Angriffen gegen Engelhardt gibt. Nur wenn das Studentenwerk in öffentlicher Hand bleibt, können vernünftige Essensversorgung für die Studierenden und vernünftige Arbeitsbedingungen für die Belegschaft sichergestellt werden.

Treff des Aachener Solikomitees: je-

den ersten Montag im Monat

18 Uhr, Gaststätte „Wartburg“, Friedrichstraße/Ecke Augustastraße

Nein zur Privatisierung des Kasseler Klinikums und Schluss mit allen anderen Privatisierungen und Rechtsformänderungen

Absetzung der ernannten Geschäftsführer. Stattdessen Leitung und Kontrolle des Klinikums und aller anderen öffentlichen Betriebe durch demokratisch gewählte Gremien, mit VertreterInnen von Beschäftigten, Gewerkschaften und Patienten bzw. Nutzern. Diese VertreterInnen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt

Kassel-, landes- und bundesweiter Kampf gegen Privatisierung und Lohnraub. Organisiert von der ÖTV und den DGB-Gewerkschaften

Für einen bundesweiten eintägigen Proteststreik gegen Privatisierung, Stellenabbau und Lohnsenkung im gesamten öffentlichen Dienst

Für eine grundlegende Verbesserung des Gesundheitswesens, für ein einheitliches kostenloses und öffentliches Gesundheitswesen

Statt Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen Ausbildungsoffensive für Gesundheitsberufe, Einstellung aller Arbeitslosen aus dem Gesundheitswesen

Überführung der Pharmakonzerne, Medizingeräteindustrie und Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle

Gewerkschaften und Rente Rentenkompromiss ist Beschiss

Die Herren in den Chefetagen von Unternehmen, besonders in den Versicherungen und Banken, können sich die Hände reiben. Abgesehen von einigen Zugeständnissen an die ArbeiterInnen gegenüber dem ersten Entwurf des Rentengesetzes haben sie den Anfang vom Ende des bisherigen Sozialversicherungssystems erreicht.

Von Ursel Beck, Köln

Ihnen wird garantiert, dass der von ihnen aufzubringende Anteil an den Rentenversicherungsbeiträgen der Beschäftigten langfristig nicht über 11 Prozent steigt. Die Beschäftigten müssen aber, angefangen mit dem Jahr 2002, 1 Prozent und im Jahr 2008 4 Prozent zusätzlich in eine private Rentenversicherung anlegen. Für diese

Beitragserhöhung wird das Rentenniveau für alle abgesenkt. Riesters errechnetes Rentenniveau von 67 Prozent im Jahr 2030 ist eine statistische Schönrechnerei. In Wirklichkeit macht das neue Rentengesetz Altersarmut zur Massenerscheinung und liefert einen beachtlichen Teil unserer Renten den spekulativen Finanzmärkten aus.

Gewerkschaftsführung blockierte Gegenwehr

Es lag in der Macht der Gewerkschaften diesen Angriff zu verhindern. Doch die Gewerkschaftsführung dachte keine Sekunde daran, die Basis zu mobilisieren und gab der Regierung von Anfang an Rückendeckung für ihre Pläne. Allenfalls kosmetische Korrekturen wurden verlangt. Eiskalt setzten sich Spitzenfunktionäre über Gewerkschaftsbeschlüsse hinweg, die alle eine private Rentenversicherung ablehnen. Noch der ÖTV-Gewerkschaftstag lehnte im November in 2

Anträgen die private Rente ab, sprach sich gegen die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung aus und verlangte, dass Arbeitslose mit 60 ohne Abschläge in Rente gehen können. Die Delegierten verlangten außerdem per Beschluss, dass die ÖTV „unverzüglich in allen Landesbezirken Demonstrationen organisiert“. Die



Umsetzung dieses Beschlusses blieb aus. Dass es trotzdem zu einer großen Protestwelle vor allem in der Metallindustrie kam, lag daran, dass Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben und auf lokaler Ebene die Initiative ergriffen haben. Ausgehend von einer einstündigen Arbeitsniederlegung in allen inländischen ALCATEL-Werken gab es von Oktober bis Dezember 2000 in vielen Betrieben kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Allein im Mittleren Neckarraum legten 40.000 Beschäftigte vorübergehend die Arbeit nieder und forderten die Rücknahme von Riesters Plänen.

Faktor Gewerkschaftslinker

Zum ersten Mal war die Gewerkschaftslinker bei diesen Protesten ein entscheidender Katalysator. Der Aufruf „Auf die Straße gegen Renten-Demonta-

ge“ fand großes Echo in den Betrieben. Mehr als 20.000 Betriebsräte und Vertrauensleute haben ihn unterzeichnet.

Es war der massive Druck der Gewerkschaftslinker in Stuttgart, der erreichte, dass schließlich alle DGB-Gewerkschaften zu einer lokalen Demo am 12.12. aufrufen, an der 3.000 Beschäftigte teilnahmen. Es waren die aus den Betrieben heraus organisierten Proteste, die die Regierung zu Zugeständnissen zwangen. Anstatt den Kampf auszuweiten und die Rentenpläne der Schröderregierung vom Kabinetttisch zu fegen, blies die Gewerkschaftsführung zum Rückzug und stellte sich hinter die Regierung: „Die Gewerkschaften tragen dieses Konzept mit. Es soll so beschlossen werden und wer das verhindern will, kriegt es mit den Gewerkschaften zu tun.“ Dies ist eine Drohung von DGB-Vorstandsmitglied

Heinz Putzhammer an die Gewerkschaftslinker. Dass sich kritische Gewerkschafter dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern sich darin bestärkt fühlen eine innergewerkschaftliche Opposition gegen die Politik des Ausverkaufs der Spitzenfunktionäre aufzubauen, wurde einige Tage später bei einer Veranstaltung in Köln deutlich. Die über 60 TeilnehmerInnen verabschiedeten eine Resolution gegen die Einigung der Gewerkschaftsführung mit der Regierung und gründeten am selben Abend noch eine lokale Gruppe der bundesweiten Gewerkschaftslinker. Und Köln ist nicht die einzige Stadt, in der die Rentenfrage offensichtlich dazu führt hat, dass sich der Aufbau lokaler Gruppen der Gewerkschaftslinker jetzt beschleunigt. Die SAV fordert alle Gewerkschafter auf, sich am Aufbau einer klassenkämpferischen Opposition zu beteiligen, die in anbeacht der bevorstehenden Rezession noch brisanter wird.



Demonstration am 16. Juni Auf nach Göteborg – gegen den EU-Gipf

Tommy Lindquist von der antikapitalistischen Jugendorganisation Elevkampanjen und Rättvispartiet Socialisterna (SAV-Schwesterpartei in Schweden) im Gespräch mit Aron Amm

„Das nächste Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU) findet Mitte Juni in Göteborg statt. Zu den Gegenprotesten werden Tausende von ArbeiterInnen und Jugendlichen aus ganz Europa erwartet.“

Die schwedische Regierung schwadroniert über ein grünes und soziales Europa. Nichts als leere Worte. Worum es in Göteborg geht, sind ganz andere Dinge: die Schaffung der 60.000 Mann starken Krisenreaktionskräfte, die Verschärfung der Regelungen gegen Flüchtlinge, die EU-Osterweiterung und weitere

Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, um Europa für Handelskonflikte und mögliche Handelskriege fit zu machen. Das alles klingt nach einem Wunschzettel – aus den Chefetagen der Banken und Konzerne. Darum sollte jede und jeder, der oder die dagegen sind, in Göteborg dabei sein, wenn wir für ein anderes Europa demonstrieren, ein Europa, in dem nicht die Profite zählen, sondern die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen.

In Schweden wurde bereits ein Netzwerk ins Leben gerufen, dem sich mehr als 30 Organisationen, darunter Umweltverbände, Anti-Globalisierungsinitiativen und linke Parteien, angeschlossen haben: „Göteborg 2001 – für ein anderes Europa“. Leider beteiligen sich die Gewerkschaften bislang nicht.

Großdemo in Nizza

Gegen den letzten EU-Gipfel Anfang Dezember 2000 in Nizza gingen 100.000 Menschen auf die Straße, darunter Zehntausende von französischen, spanischen und italienischen Gewerkschaftern. Das war die bislang größte Mobilisierung gegen EU-Regierungschefs. Nizza war auch deshalb bedeutsam, weil in Nizza mehr AktivistInnen die Institutionen des Kapitals grundlegend in Frage stellten als bei den früheren Mobilisierungen gegen Gipfeltreffen der EU. Hierbei haben sicherlich die internationalen Proteste in Seattle und Prag ihren Niederschlag gefunden.

Im Januar wurde auch ein schwedischer Ableger von der französischen Organisation ATTAC gegründet. ATTAC hat sich bereits international einen Namen gemacht, weil sie in Frankreich

Zehntausende gegen die Welthandelsorganisation (WTO) mobilisieren konnte. ATTAC fordert in erster Linie die Besteuerung aller internationaler Finanztransaktionen und Spekulationsgewinne. Auch wenn die Stoßrichtung stimmt, würden die Unternehmer nicht klein beigeben. Mit dem Mittel der Steuerpolitik wird die Macht der Multis nicht zu brechen sein.

Darum kämpft Rättvispartiet Socialisterna (RS) nicht nur gegen die neoliberale Offensive und für eine Umverteilung von oben nach unten, sondern für ein sozialistisches Europa, in dem die Großkonzerne, Banken und Versicherungen enteignet und in Gemeineigentum überführt sind.

„Revolte gegen die EU“

Im nächsten halben Jahr werden RS und Elevkampanjen in verschiedenen Teilen Schwedens



den Schülerproteste, Demos und Kundgebungen gegen die Europäische Union organisieren. Elevkampanjen hat dafür eine eigene Jugendinitiative gestartet: „Revolte gegen die EU.“

Als die EU-Kommission Schweden am 9. Januar in Stockholm ihren ersten Besuch abstattete, führten wir bereits unsere erste Demo durch, zu der 100 TeilnehmerInnen kamen.

Am nächsten Tag war die Presse voll von Berichten. Der Dagens Nyheter, eine der größten Tageszeitungen, schrieb in seinem Kommentar: „Das Pendel ist umgeschwungen. Während lange Zeit liberale Ökonomen das Bild bestimmten, politisch verkörpert von Reagan und Thatcher, finden heute neue politische Kräfte Gehör.“ Sorgen wir dafür, dass antikapitalistische und sozialistische Ideen dabei lautstark und offensiv vertreten werden.“

Zum Nikolaus ging es in Bremen heiß her Erfolgreicher Jugendstreiktag

Seit Jahren haben in Bremen nicht so viele Jugendliche demonstriert. Am 6.12. waren ungefähr 3.500 SchülerInnen, Studierende und Azubis zum „Jugendstreiktag“ gegen Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich auf der Straße.

Aktionen an den Schulen

Schon morgens wurde an verschiedenen Schulen dafür gesorgt, dass kein Unterricht stattfinden konnte. Am Schulzentrum Rübekamp wurden Arbeitsgruppen zum Beispiel zum Thema „Utopie Schule - alternative Schulkonzepte“ organisiert. In der Schule an der Hamburger Straße gab es eine Podiumsdiskussion, bei der Politiker von CDU und SPD mit je einem Vertreter der GesamtschülerInnenvertretung (GSV) und des Bündnis „Widerstand jetzt“ diskutier-

ten. Dabei ging es um „Schulsponsoring“ und „Kopfnoten“. Die Jugendlichen auf dem Podium erteten jede Menge Applaus für ihre Ablehnung dieser wirtschaftsorientierten Maßnahmen.

Ab 11 Uhr besetzten die Schülerinnen und Schüler des Alten Gymnasiums die Kreuzung vor ihrer Schule. Mit Pfeifkonzert und Transparenten blockierten sie über eine Stunde lang den Verkehr.

3.500 demonstrierten

Ungefähr zu diesem Zeitpunkt setzten sich in den anderen Stadtteilen die Demozüge zum großen Sternmarsch in Bewegung.

Selbst an Schulen, an denen das Bündnis bisher nicht aktiv gewesen war, gelang es, Schülerinnen und Schüler zur Demo zu mobilisieren. In der Neustadt liefen wir am Vormittag an mehreren Schu-

len durch die Klassen, und erklärten den Jugendstreiktag und die Notwendigkeit, aktiv zu werden. Wider Erwarten gelang es uns so, Gruppen von mal 50, mal 100 Leuten aus dem Unterricht zu holen, und die Studierenden der Hochschule mit einem Zug vom 400 Schülerinnen und Schülern abzuholen.

Vor der Bildungsbehörde wurde es ganz schön eng, als sich alle Demozüge unter die Hochstraße drängten. Bildungssenator Willi Lemke hatte vorgesorgt und ließ sich und seine Behörde von massiven Polizeiketten vor dem Unmut „seiner“ Schüler schützen. In der Rede vom „Aktionskomitee“ der GSV kam erneut zur Sprache, dass die Bildung in diesem System von Wirtschaftsinteressen abhängt. Dies führt zur Zeit zu einer „Elitusbildung“, sei das an der Schule

oder an der Uni. Die Rednerin betonte die Notwendigkeit sich gegen die aktuellen Angriffe zu wehren. Der Jugendstreiktag kann hierfür nur der Auftakt gewesen sein.

Dem pflichteten auch die Rednerinnen und Redner auf der Abschlusskundgebung bei. Simon Aulepp, der Redner der SAV, erklärte, es sei kein Wunder, dass in Bremen Millionen für Prestigeobjekte ausgegeben werden, während bei der Jugend gekürzt wird. Die Forderungen von Jugendlichen und ArbeiterInnen werden in diesem Gesellschaftssystem, dem Kapitalismus, immer den Interessen der Wirtschaft untergeordnet. Deshalb forderte er den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, in der wir selbst entscheiden, was wir produzieren und wie und was wir lernen.

Er beendete seine Rede mit: „Brecht die Macht der Banken und Konzerne!“ Der Slogan wurde als Sprechchor aufgenommen und von den Umstehenden begeistert mitgeschrien.

Protest und Jugendkultur

Nach der Demo gab es im Frei-



SAV-Mitglieder beteiligten sich aktiv am Jugendstreiktag

zi in der Buchtstraße Tee und Verpflegung. Dann wurde der Film „La Haine“ (Hass) gezeigt. Außerdem berichtete David Schulz von der SAV Kassel über die politischen Hintergründe der Hip-Hop-Bewegung. Der Abschluss des Tages wurde mit zwei Konzerten gefeiert.

Alles in allem war der Jugendstreiktag ein großer Erfolg, was sich sogar in der bürgerlichen Presse widerspiegelte. Neben zahlreichen Zeitungsberichten sendete auch das regionale Fernsehen einen Beitrag, der mit den

Worten „mit dem heutigen Tag hat die Jugendbewegung in Bremen eine neue Qualität gewonnen“ endete.

Dem können wir nur zustimmen. Daher finden weiterhin Bündnistreffen in den Räumen der GSV statt. Das Bündnis wird die bremenweite Jugendzeitung „Widerstand jetzt!“ herausgeben. Wir planen auch im neuen Jahr Proteste und werden den Politikern keine lange Atempause gönnen.

Choni und Ianka, Bremen

NSDAP und NPD

„Antikapitalistisches“ Vokabular bei Faschisten



Berlin, am Brandenburger Tor: SA-Aufmarsch 1933, NPD-Aufmarsch 2000

Gestern und heute nutzen die Faschisten pseudo-„antikapitalistische“ Phrasen. Damit sie sich nicht weiter aufbauen können, muss der Kampf gegen die Nazis mit dem Kampf gegen Sozialabbau verbunden werden und eine starke politische Kraft auf der Linken aufgebaut werden

In einem Flugblatt der sächsischen NPD beschreibt diese sich als „revolutionäre, antiimperialistische, in der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehende“ Partei, die „solidarisch mit allen Völkern ist, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden“. Während jedem Linken dabei die Galle hoch kommt, diskutieren Faschisten wieder über Sozialismus und laufen in „Pali-Tüchern“ zu ihren Demonstrationen - allerdings um Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen die „Juden“ kund zu tun.

Von Leonie, Berlin

Schon Hitler verstand es, „anti-imperialistische“ Reden zu schwingen und die soziale Frage zu betonen. So nannte er 1919 die DAP (Deutsche Arbeiterpartei) in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei um und forderte im NSDAP-Parteiprogramm von 1920 die Verstaatlichung aller Betriebe, die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, eine Bodenreform und Bildung für „alle“.

Für Hitler war dies allerdings eine rein taktische Frage. Er erkannte, dass „der Marxismus[...] heute bereits als geistige Seuche, wenn auch von vielen unbewusst, fast unser ganzes Volk ergriffen“ hat (in „Der Weg zum Wiederaufstieg“ – eine geheime Broschüre für Industrielle, 1927). Hitler benutzte sein Programm, um an die Macht zu kommen, aber nicht die

Macht, um sein Programm durchzusetzen. Während die Kapitalisten riesige Gewinne eintrichen, mussten die ArbeiterInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten und Reallohnverluste hinnehmen. Selbst den kleinbürgerlichen Schichten, die die Hauptanhängerschaft der NSDAP darstellten, entzog Hitler ihre materielle Basis und trieb durch seine Politik für das Großkapital Tausende in den Ruin.

Die Strasser-Gruppe

Demgegenüber gab es in Norddeutschland eine Art „linker“ Flügel um Otto Strasser, für die die Ideologie vom Nationalsozialismus keine rein taktische war. In der Austrittserklärung der Otto-Strasser-Gruppe, „Die Sozialisten verlassen die NSDAP“ (1930) werfen sie der Parteiführung u.a. Verbürgerlichung, Verbonzung und Aufgeben ihres Programms ihrer klar antiimperialistischen Haltung vor und sprechen sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus. Sie kritisieren weiterhin die Abkehr von ihren antikapitalistischen Grundsätzen und fordern die „Brechung des Besitzmonopols“.

Strasser vertrat eine Art dritter Weg zwischen Marxismus und Kapitalismus, betonte jedoch, dass er beide Systeme ablehne und lediglich die Idee des Sozialismus und der Planwirtschaft aus dem Marxismus und den Nationalismus aus dem kapitalistischen System ziehe. Der Liberalismus der beiden Systeme, so Strasser, stehe gegen seines.

Hitler duldete natürlich solche „oppositionellen“ Strömungen nicht. Die Strasser-Gruppe trat aus, beziehungsweise wurde „ausgetreten“. Gregor Strasser (Gründer der Berliner SA und Bruder Otto Strassers), sowie Ernst Röhm (Führer der SA, der eine „zweite Revolution“ anstrebte, um sich auch den Bürgerlichen zu entledigen) ließ Hitler am 30. Juni 1934 ermorden.

Nationalrevolutionäre Tendenzen in der NPD

Auch heute berufen sich Teile der NPD auf diesen „revolutionären, völkischen Nationalsozialismus“. So wird der Vorsitzende der NPD Udo Voigt in dem österreichischen Naziblatt Die Aula 1998 mit den Worten, „wir Nationaldemokraten bekennen uns heute zu einem Deutschen Sozialismus“ zitiert. Michael Nier, der 1999 für die NPD zum Europaparlament kandidierte, schrieb für das Staatsbriefe 1998: „Marx proklamierte für die Entscheidungssituation in Kapitalismus und Jürgen Kuczinski hat es immer wieder betont: Sozialismus oder Barbarei.“ Für die letzte Bundestagswahl empfahl er die Stimmenabgabe für die PDS, da diese entschieden „deutschvölkischer“ sei, als die westdeutschen Parteien. Allgemein rufen NPD-Kader vermehrt zu einer stärkeren Orientierung auf das Umfeld und die Basis der PDS auf. So heißt es in einem Artikel in dem NPD-Organ Berlin-Brandenburger Zeitung, dass es darauf ankomme, eine

modernisierte Programmatik des nationalen Sozialismus zu entwerfen, um diesen der PDS entgegen zu stellen. Weiter heißt es: „Um nationalrevolutionäre Positionen in die Arbeiterbewegung hineinzutragen, werden derzeit auch massive PDS-Veranstaltungen besucht.“

Die Gruppe „Christen und Sozialisten in der NPD“ gehen in ihrer Propaganda am weitesten: „Dass ein hoher Ausländeranteil in einem Land Probleme schafft, ist unübersehbar. Aber wem nützt es, wenn deutsche und ausländische Bürger aufeinander losgehen? Den Deutschen? Den „Nazis“? Nein! Nur dem Großkapital! Wenn wir uns untereinander bekriegen, beschäftigen wir uns wenigstens nicht mit der Profitgier der Konzerne, Banken und Versicherungen.“

Versagen der PDS

Natürlich ist auch heute das Aufgreifen der sozialen Krise und antikapitalistischer Propaganda für die NPD-Führung eine rein taktische Frage. Aber durch das Fehlen einer starken linken Alternative und in dem Zusammenhang der katastrophalen Politik der PDS, fallen Menschen auf die Scheinantworten der Faschisten herein. Nicht genug, dass die PDS nichts gegen die soziale Krise insbesondere in Ostdeutschland tut, sie tritt zudem so gut wie gar nicht gegen die Nazibedrohung auf und lässt stattdessen noch Sprüche los, wie sehr sie Deutschland liebe.

Giftmischer enteignen

Gesundes Essen ohne



Was essen wir denn heute? Wir haben die Wahl zwischen BSE-Rindfleisch, Dioxin-Eiern, Pharma-Schinken und Gen-Mais. Sich wirklich gesund zu ernähren ist heute schlicht unmöglich. Aber was können wir tun, damit sich das ändert? Bundeskanzler Schröder hat den Agrarfabriken den Kampf angesagt. Zusammen mit der neuen Grünen-Ministerin hat er einen radikalen Wechsel in der Agrarpolitik versprochen.

Von Georg Kümmel, Köln

Wir stellen zwei Gegen-Thesen an den Anfang dieses Artikels:

1. Schröders Äußerungen sind Demagogie, sie sind nicht ernst gemeint, sondern sollen nur die WählerInnen beruhigen

2. Der einzige Weg zu gesunden Lebensmitteln ist die Abschaffung des Profitprinzips bei der Erzeugung von Lebensmitteln

Alles, was wir essen, ist letztendlich durch die Landwirtschaft erzeugt worden. Das gilt nicht nur für Wurst, Käse oder Müsli, auch der Weizen für das Mehl der Tiefkühlpizza und der Schoko-Kekse ist auf einem Acker gewachsen. Irgendetwas muss jeder Mensch essen und deshalb kommt keiner an der Frage vorbei, wie das Korn gedüngt und wie die Tiere gefüttert werden. Aber wer entscheidet heute diese Fragen? Wir, die VerbraucherInnen? Leider nicht. Vielleicht die Bauern? Oberflächlich betrachtet ja, aber sie sind in ihren Entscheidungen nicht frei. Die Politik? Sie erlässt Vorschriften und

Verordnungen, aber sie wird bestimmt von den Interessen des Agrarsektors.

Wenn man nach Ursachen und Lösungen sucht, muss man sich alle an der Erzeugung von Nahrungsmitteln Beteiligten anschauen.

Da wären die Bauern, aber es gibt große und kleine Höfe. Es gibt ehemalige Bauern, die nach Feierabend ein paar Hektar Land beackern und das Getreide verkaufen. Es gibt die klassischen Familienbetriebe, die ihren Hof allein bewirtschaften. Ihre Zahl ist immer geringer geworden. Es gibt aber auch die Großgrundbesitzer und Großbetriebe, die so gerne in der Statistik über Durchschnittsgrößen versteckt werden. Tatsächlich bewirtschaften die 4 Prozent größten Betriebe 43 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland.

Ein bedeutender Teil der Agrarindustrie sind die Chemiefirmen. Sie produzieren Saatgut, Kunstdünger und Spritzmittel für die Pflanzen und Arzneimittel sowie Futterzusatzstoffe für die Tiere. In diesem Geschäft ist der Che-

mieriese Bayer einer der Marktführer. Bayer erzielte 1999 einen Jahresüberschuss von 3,95 Milliarden Mark. Daneben gibt es noch die Futtermittelhersteller, die aus Tierkadavern das berühmte Tiermehl hergestellt haben. Auch der Agrarhandel zieht seine Gewinne aus der Landwirtschaft.

Teil des ganzen Komplexes ist aber auch die Nahrungsmittelindustrie. Dazu zählen die Fleisch- und Wurstfabriken, und die Hersteller von Fertiggerichten, Beispiel Dr. Oetker. Viel Geld und viel Einfluss haben in diesem Geschäft außerdem die Einzelhandelskonzerne wie Aldi und REWE.

Profit als Ziel

Die Agrarindustrie hat nur ein Ziel: sie will Profit machen. Dazu muss möglichst billig produziert werden. In Vorschriften zum Schutz von Tier, Umwelt, und zum Schutz der VerbraucherInnen sieht sie nur eine Gefahr für ihre Gewinne. Entsprechend hoch ist der Druck, den sie in Brüssel und in Berlin auf die Politik ausübt.

Gemessen an ihrem Anteil an der gesamten Wirtschaft ist der politische Einfluss der Agrarlobby überdurchschnittlich hoch. Der agrarindustrielle Komplex (ohne Einzelhandel) setzt zwar immerhin 215 Milliarden Mark um, das entspricht aber nur gut fünf Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Dennoch ist die Agrarwirtschaft der einzige Zweig, für die es ein eigenes Ministerium gibt – das Landwirtschaftsministerium, jetzt versehen mit dem wohlklingenden Namen Verbrau-

cherschutzministerium.

Woher rührt dieser große Einfluss des Agrarsektors auf die Politik? Wäre die Landwirtschaft schon vor Jahren vollkommen ungeschützt dem Weltmarkt ausgesetzt worden, dann wäre die nationale Eigenversorgung mit Lebensmitteln zusammengebrochen, die Bauern hätten schlagartig ihre Höfe aufgeben müssen, die Landwirtschaft wäre verödet. Dazu kommt, dass die Bauernschaft traditionell eine sehr konservative Gruppe der Gesellschaft bildet. Sie sollte und soll als politisches und ideologisches Gegengewicht gegen die zahlenmäßig immer stärker werdende Arbeiterschaft erhalten bleiben. Die Industrialisierung der Landwirtschaft führte unvermeidlich zu größeren Betrieben und weniger Bauern. Dieser Prozess wurde durch Subventionen verlangsamt, die sozialen Folgen des Höfesterbens wurden gemildert. Bei der Gelegenheit konnten sich die konservativsten der Konservativen, die Besitzer der Großbetriebe, prächtig bereichern. Große Subventionen für große Betriebe, kleine Subventionen für kleine Bauern ist bis heute die Richtlinie in der Agrarpolitik. Subventionen werden nämlich nicht pro Landwirt, sondern entsprechend der Produktion oder der Fläche bezahlt.

Massenproduktion

An billiger Massenproduktion von Nahrungsmitteln hat aber auch die private, kapitalistische Wirtschaft als Ganzes ein Interesse. Alle Unternehmer wollen billige Arbeitskräfte. Billige Arbeitskräfte brauchen billige Lebensmittel. Schon im 19. Jahr-



Kadaververwertung: Pflanzenfresser werden des Geldes wegen zu Fleischfressern (und

hundert kämpften die britischen Kapitalisten erfolgreich für die Abschaffung der Getreidezölle. Sie wollten das Korn günstig importieren, damit ihre Arbeiter billiges Brot kaufen konnten und der Ruf nach höheren Löhnen nicht ganz so laut wurde.

An diesem Zusammenhang hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert. Die weitere Liberalisierung des Weltmarktes im Agrarbereich dient auch diesem Zweck.

Schuld der Verbraucher?

Von der Schuld der Agrarindustrie wird gerne abgelenkt. Wenn die VerbraucherInnen mehr Öko-Fleisch und Öko-Eier kaufen würden, dann würde auch mehr auf diesem Wege produziert, wird argumentiert.

Aber erstens bräuchten die meisten dann erst mal eine kräftige Öko-Lohnerhöhung. Aber von Lohnerhöhungen um teure Le-

EU und WTO: Agrarpolitik für Konzerne

Bundeskanzler Schröder und Ministerin Künast verkünden den radikalen Wechsel in der Agrarpolitik. Aber von einem grundlegenden Wechsel dieser Politik bei der EU oder der Welthandelsorganisation (WTO) ist nicht die Rede. Unter dem Vorsitz von Kanzler Schröder wurde 1999 von der EU die „Agenda 2000“ verabschiedet. „Die Wettbewerbsfähigkeit muss durch entsprechend umfangreiche Preissenkungen sichergestellt werden, um die Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt zu verbessern und eine stärkere Beteiligung am Weltmarkt zu gewährleisten“, heißt es in einem von der EU veröffentlichten Überblick über die Agenda 2000. Das Ziel bleibt also, durch Massenproduktion Fleisch und Getreide zu Weltmarktpreisen zu produzieren.

Kanzler Schröders Herz schlägt angeblich für die kleinen Bauern und für die Umwelt. Die von ihm mitbeschlossene EU-Agrarpolitik schadet der Umwelt hierzulande und untergräbt die Existenz der kleinen Bauern – in Deutschland, der EU und in der sogenannten 3. Welt. Die Produktion von Fleisch und Getreide zu Weltmarktpreisen ist nur unter Einsatz von chemischem Dünger und Spritzmitteln auf großen Flächen und durch Massentierhaltung möglich.

Mit billigem Fleisch, Mais und Weizen aus der EU wird dann der Markt in Ländern wie Indien oder den Philippinen überschwemmt. Die dortigen Kleinbauern können nicht mithalten, geben auf und vermehren die Slumbewölkerung in den Städten. Die Länder werden dauerhaft abhängig von Nahrungsmittelimporten. Diese internationale Agrarpolitik im Interesse der Konzerne ist neben Kriegen eine Hauptursache dafür, dass es Hunger in

der Welt gibt.

Diese Entwicklung wird auch durch die WTO weiter vorangetrieben. Das Interesse der EU-Länder und der USA besteht darin, Agrargüter, wie zum Beispiel Mais und Weizen, die sie dank Chemie und Maschinen billiger produzieren können als die sogenannten 3. Welt-Länder, auch in diese Länder zu exportieren. Produkte, die sie wegen der klimatischen Verhältnisse nicht selber günstiger produzieren können, wie beispielsweise Tabak oder Palmöl, wollen sie noch billiger als bisher aus der „dritten Welt“ importieren. Das wird dann Liberalisierung des Welthandels genannt. Verlierer sind die kleinen Bauern und die Umwelt. Gewinner sind die großen Konzerne. Sie profitieren direkt als Agrarkonzerne oder sie profitieren indirekt, weil die Lebensmittelpreise für die arbeitende Bevölkerung sinken. Wie im nebenstehenden Text erläutert, haben kapitalistische Betriebe Interesse an billigen Arbeitskräften, und die werden tendenziell billiger, wenn billige Lebensmittel zu Verfügung stehen.

Gentechnik

Einige Konzerne machen ein zusätzliches Geschäft mit gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln (Gen-Food). Sie versprechen den Bauern höhere Erträge und verkaufen ihnen im Paket gentechnisch veränderten Mais mit dem passenden Spritzmittel dazu. Vorläufiger Gipfel bei der Jagd nach Profiten ist die Entwicklung von sogenanntem Terminator-Saatgut. Die Getreidekörner werden gentechnisch so manipuliert, dass sie nur einmal keimen können. Statt einfach einen Teil der alten Ernte auszusäen, müssen die Bauern jedes Jahr neues Saatgut kaufen.

Hier zeigt sich ganz unverhüllt, welchem Zweck die Gentechnik in der Landwirtschaft dient: Nämlich nicht der Bekämpfung von



Hunger, sondern der Profitmaximierung. Die Risiken durch gentechnisch veränderten Mais oder Tomaten für Mensch und Umwelt sind unüberschaubar. Eine Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes ist jederzeit möglich. Die Unbedenklichkeits-Erklärungen sogenannter Experten sind so viel wert, wie deren ehemalige Behauptung, BSE sei keine Gefahr für den Menschen.

Welche Konsequenzen ziehen SPD und Grüne daraus? Bedingungslos „Nein“ zu Gen-Food? Sofortiger Stopp von Forschung und Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen? Sofortige Einstellung aller Freilandversuche? Sofortige Einstellung des Handels mit Gen-Mais oder Gen-Soja? Das Gegenteil ist der Fall. Für SPD und Grüne kommen die Profitinteressen der Konzerne vor dem Umwelt- und Verbraucherschutz. Statt gegen die Konzerne gehen sie gegen deren Kritiker vor. Sie sind bereit mit Polizeigewalt gegen Atomkraftgegner vorzugehen, genauso sind sie bereit, Proteste gegen

Fast-Food

75 Prozent aller Nahrungsmittel in Deutschland werden industriell be- oder verarbeitet. Der Trend geht seit Jahren zum ungesunden Fast-Food. Wer kann sich den (Zeit-)Aufwand leisten, für ein, zwei oder vier Personen ein Essen aus frischen Zutaten zuzubereiten? Schicht- und Wochenendarbeit, gekürzte Pausen, wo ist da Zeit für ein gemeinsames Essen? Kantinen werden geschlossen oder privatisiert, als Alternative bleibt die Pizza auf die Hand. Eine echte Alternative wäre eine flächendeckende Versorgung mit Kantinen in öffentlicher Hand, die qualitativ hochwertige Speisen zu bezahlbaren Preisen anbieten. Außerdem brauchen wir ausreichend lange Frühstücks- und Mittagspausen durch Arbeitszeitverkürzung.

Mag sein, dass die rot-grüne Bundesregierung noch ein paar Gesetzesänderungen in Sachen Landwirtschaft verabschiedet. An den grundlegenden Prinzipien wird sie nicht rütteln.

Sie verkündet das Ziel, den Anteil der Öko-Landwirtschaft von zwei auf zehn Prozent zu steigern. Warum nur 10 Prozent? Wenn diese alternative Landwirtschaft besser für Mensch, Tier und Umwelt ist – und sie ist es – dann müsste das Ziel 100 Prozent sein. Offensichtlich will man, dass nur die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung beim Bio-metzger einkaufen können. Denn die übrigen 90 Prozent kann man dann weiter mit Massenware abspesen und ihnen gleichzeitig vorwerfen, sie seien selber schuld an Massentierhaltung und Gift in der Nahrung. Sie könnten schließlich gesund essen, wenn sie nur wollten.

benzmittel bezahlen zu können ist keine Rede. Zweitens wüssten sie dann immer noch nicht, ob auch Öko drin ist wo Öko draufsteht. Bei Eiern von Demeter, einer bekannten Bio-Marke, ist zum Beispiel die Haltung von Hennen in Legebatterien nachgewiesen worden.

Solange die VerbraucherInnen von einer auf Profit ausgerichteten Lebensmittelindustrie versorgt werden, wird diese Industrie jeden Tag neue Wege und neue Tricks suchen und finden, um ihnen Antibiotika oder Gen-Mais ins Essen zu mischen.

Ökologische Landwirtschaft funktioniert auch nur dann, wenn sie allgemein praktiziert wird. Wenn auf dem Nachbarfeld Gen-Kartoffeln wachsen, dann kann der Bio-Bauer daneben nicht risikofrei ernten. Und solange hohe Profite winken, drohen auch bei Bio-Produkten Schwindel und

ohne Profit



gen zu Fleischfressern (und Kanibalen) gemacht

Betrug

Was genau in den Lebensmitteln drin ist, weiß immer nur der Hersteller. Die Lösung des Problems liegt deshalb nicht beim Verbraucher, sondern bei der Herstellung.

Was tun?

Anderthalb Jahrzehnte nachdem die erste britische BSE-Kuh zitternd zusammenbrach, hat die Wissenschaft noch immer keine gesicherten Erkenntnisse über den Erreger und über die Übertragungswege. Über 80 Menschen sind bereits an der auf den Menschen übertragenen Form des Rinderwahnsinns gestorben. Niemand weiß, ob noch zehn, hundert oder hunderttausend Menschen in Zukunft dahingerafft werden.

Da wäre es doch das Naheliegendste, die Ausgaben und die wissenschaftlichen Ressourcen zur Erforschung dieser Krankheit zu verzehnfachen und zu verhundertfachen. Aber noch immer gibt man lieber Geld für Forschung aus, die sich damit beschäftigt, wie man Gen-Mäusen Ohren auf dem Rücken wachsen lassen kann.

Allem Anschein nach läuft die Infektion mit BSE über das Tiermehl aus den Futtermittelfabriken. Stichproben haben immer wieder Verstöße gegen die Vorschriften ergeben. Was liegt näher als diese Fabriken der direk-

dafür sorgen, dass zum Beispiel kein Gen-Soja eingesetzt wird.

Die Futtermittelfabriken müssen in absehbarer Zeit ganz geschlossen werden. Nach einer Übergangszeit dürfte jeder landwirtschaftliche Betrieb nur noch soviel Schweine, Rinder und Hühner halten, wie er von eigenen Flächen ernähren kann.

Die Kosten für die Tötung erkrankter oder möglicherweise mit BSE infizierter Tiere müssen aus den Gewinnen der Agrar-Industrie finanziert werden. Diejenigen Politiker, die in der Vergangenheit absichtlich die BSE-Gefahr verschwiegen und verheimlicht haben, müssen ebenfalls mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden.

Die Beschäftigten in Schlachthöfen und Fleischfabriken, denen wegen dem BSE-Skandal Arbeitslosigkeit droht, müssen aus den gleichen Quellen ihren vollen Lohn weiterbekommen, bis sie Ersatzarbeitsplätze erhalten haben.

Radikaler Wandel

Wir können erst dann sicher sein, gesundes Essen auf den Tisch zu bekommen, wenn das Profitprinzip in der Produktion von Nahrungsmitteln abgeschafft wird. Erst wenn Mensch und Umwelt und nicht der Profit Ausgangs- und Endpunkt bei der Herstellung aller Lebensmittel

aber sie haben im Betrieb nichts zu sagen. Gleichzeitig sind sie auch KonsumentInnen und haben, wie wir alle, ein Interesse an gesunden Lebensmitteln.

Gesellschaftliche Kontrolle der Agrarindustrie heißt öffentliches Eigentum plus Kontrolle durch demokratisch gewählte, durchschnittlich bezahlte VertreterInnen von Beschäftigten, Gewerkschaften und VerbraucherInnen.

Wenn das Profitprinzip aus der Nahrungsmittelherstellung verbannt ist, kommt niemand mehr auf die Idee, Wiederkäuer zu Kannibalen zu machen, Altöl ins Hühnerfutter oder Hühnerscheiße ins Schweinefutter zu mischen und Terminator-Saatgut zu fabrizieren. Die vorherrschende Lehrmeinung an den Landwirtschaftsschulen und -hochschulen würde nicht mehr von den Profitinteressen der Agrarindustrie geprägt sein, wie es heute der Fall ist. Es ist nämlich kein Zufall, dass gleich 45 AgrarökonomInnen sich Anfang Januar gegen eine Orientierung auf den ökologischen Landbau aussprachen. Dagegen würde sich eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Forschung und Wissenschaft in den Dienst einer nachhaltigen Landwirtschaft stellen.

Auch die Betriebe der Großagrarier, die jeweils mehrere tausend Hektar Land mit künstlichem Dünger und Spritzmitteln bearbeiten, müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Sie bestimmen heute die Politik im Bauernverband, sie üben in ihrem Interesse Druck auf die Gesetzgebung aus und sie kassieren die meisten Subventionen. Die Frage einer Entschädigung stellt sich in Westdeutschland wohl erst gar nicht, wenn man die riesigen Subventionen gegenrechnet, die sie in den vergangenen Jahrzehnten aus den Steuermitteln der Allgemeinheit bekommen haben. Auch in Ostdeutschland wird sich nach einer Offenlegung der Geschäftsbücher der Großbetriebe herausstellen, dass sie mit öffentlichen Geldern zu ihrem Besitz gekommen sind.

Die Familienbetriebe, die ihren Hof selbst bewirtschaften, müssen durch staatliche Kredite und Preisgarantien Unterstützung und Anreize bekommen, um auf ökologische Produktion umzustellen. Um die Maschinen besser nutzen zu können und auch, damit die Bauernfamilie überhaupt mal Urlaub machen kann, müsste deren freiwilliger Zusammenschluss zu gemeinschaftlichen Betrieben gefördert werden (freiwillig heißt hier wirklich freiwillig im Gegensatz zu den Methoden, die in der ehemaligen DDR angewendet wurden).

Auf dieser Grundlage könnten wirklich unabhängige Experten zusammen mit VertreterInnen von Verbraucherorganisationen, den Beschäftigten in der Landwirtschaft und den Bauern einen gesamtgesellschaftlichen Plan entwickeln, wie die gesamte Landwirtschaft ökologisch betrieben werden kann.

Man sieht, Kanzler Schröder und Ministerin Künast sind Lichtjahre von einer radikalen Wandel in der Agrarpolitik entfernt. Es wird nicht einfach sein, den Weg, den wir vorschlagen, gegen die profitgieriger Agrarindustrie durchzusetzen und er müsste gleichzeitig Teil einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft insgesamt sein. Aber die Alternative dazu heißt Rinderwahnsinn – auch beim Menschen. ■



Wird Zeit, dass wir uns 'n neuen Laden suchen - sonst müssen wir schließlich jeden Dreck fressen, den er uns andreht!

BSE - Wahnsinn mit Methode

BSE entstand vermutlich in den siebziger Jahren durch eine spontane Genmutation bei einem Rind. Der erste nachgewiesene Tod einer Kuh an BSE war im Jahr 1985. Bis 1996 behaupteten britische Wissenschaftler und Regierung, es gäbe keine Ansteckungsgefahr für die Menschen. Die Verfütterung von einem Gramm infektiösem Nervengewebe reicht aus, um beim Kalb BSE auszulösen.

Laura Manuelidis, Wissenschaftlerin an der amerikanischen Yale Universität, hatte bereits 1989 eindringlich vor der Übertragbarkeit von BSE auf den Menschen gewarnt und die Tötung aller Tiere auf betroffenen Farmen verlangt. Bei den Wissenschaftlern stieß sie auf Ablehnung. Frau Manuelidis zieht heute das Fazit, die gängigen wissenschaftlichen Annahmen seien von wirtschaftlichen Interessen diktiert worden (Die Zeit, 28.12.00).

Für die BSE-Forschung will das Bundesforschungsministerium in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 15 Millionen Mark bereitstellen (Berliner Morgenpost, 16.1.01). Zum Vergleich: Der Bund subventioniert den Agrarsektor mit rund 15 Milliarden Mark jährlich. Das ist das 1000fache. Für „Biotechnologie“, darunter fällt insbesondere die Gen-Technik, gab das Forschungsministerium im letzten Jahr 248 Millionen aus.

Die Futtermittelindustrie hat vorgeschlagen, dass sie nicht genau deklarieren muss, was in ihrem Viehfutter enthalten ist. Die Vorschriften waren Ende 2000 sogar lascher als 1985.

1988 wurde in Britannien die Verfütterung von Tiermehl an Rinder verboten, weil es schon damals im Verdacht stand, den BSE-Erreger zu enthalten. Zwischen 1988 und 1989 verdoppelte sich der britische Tiermehlexport in die Bundesrepublik auf 25.000 Tonnen. Aus Profitgründen wurde die tödliche Seuche von der Futtermittelindustrie importiert.

Anfang Januar war Bundeskanzler Schröder Talk-Gast bei Sabine Christiansen. Ein Landwirt aus dem Publikum fragte ihn, warum die Namen derjenigen Futtermittelhersteller geheim gehalten würden, die in verbotener Weise Tiermehl beigemischt hätten. Schröder gab darauf keine konkrete Antwort.

Schweinereien mit Antibiotika

Laut Umweltverband BUND werden in der EU knapp ein fünfteil aller produzierten Antibiotika an Tiere verfüttert.

Einige Futtermittelhersteller verlangen von den Landwirten einen „Sondermischungszuschlag“, wenn sie das Schweinefutter ohne die übliche Beimischung von Antibiotika liefern sollen.

Sorgenfreie Zukunft für Ex-Minister



Frau Fischer vor ihrem Abtritt

Nach ihrem Rücktritt brauchen sich Andrea Fischer und Karl-Heinz Funke finanziell keine Sorgen machen. Die ehemalige Gesundheitsministerin Fischer bleibt Bundestagsabgeordnete und erhält dafür 13.200 im Monat. Als Ausgleich für das fehlende Ministergehalt erhält sie ein einmaliges Übergangsgeld von 24.300 Mark. Mit 60 hat sie sich einen Pensionsanspruch von 3.725 Mark im Monat erworben. Ex-Landwirtschaftsminister Funke bekommt 3 Monate lang ein Übergangsgeld von 24.940 Mark und danach noch 12.470 Mark pro Monat. Durch seine Amtszeit als Landes- und Bundesminister hat Funke eine Pension von 12.000 Mark im Monat.

Es wird den beiden Ex-Ministern also nicht an Geld fehlen, das teuerste Bio-Essen zu kaufen und sich von den besten und teuersten Kapazitäten in der Ärzteschaft behandeln zu lassen. Uns haben sie belogen und betrogen. Sie stecken ihre horrenden Pensionen ein, während die Masse der Steuerzahler durch die von ihnen mit durchgesetzte Rentenreform eine gesicherte Existenz im Alter verliert. Und während Fischer ihr Übergangsgeld verprassen kann, geht es den Beschäftigten in den Krankenhäusern dank ihrer Gesundheitsreform an die hart verdienten Löhne.

Gestiegene Produktivität

Konnte 1950 ein Landwirt gerade zehn Deutsche ernähren, so sind es jetzt dank rapide gesteigener Produktivität zehn Mal so viele (Berliner Tagesspiegel, 12.1.01). Doch diese Produktivitätsfortschritte kommen uns im Kapitalismus nicht zu gute.

ten Kontrolle der Gesellschaft zu unterstellen, sie also zu vergesellschaften. Die Kontrolle darüber, dass wirklich nur rein pflanzliche Stoffe verarbeitet werden, könnte von demokratisch gewählten VertreterInnen der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Verbraucherverbände bzw. der staatlichen Behörden wahrgenommen werden. Die könnten dann auch

sind, erst dann werden wir uns vernünftig ernähren können.

Um das zu erreichen, muss die Agrarindustrie entmachtet werden. Auch sie muss unter gesellschaftliche Kontrolle, also vergesellschaftet werden. Die Beschäftigten in Futtermittelfabriken, Fleischfabriken und Großbäckereien wissen zwar, was in Futter, Wurst, Brot reingemischt wird,

„Plan Colombia“ USA vor neuer Militärintervention?

Von der Medienöffentlichkeit weitgehend unbeachtet steckte der US-Imperialismus letzten Sommer 1,3 Milliarden Dollar in ein „Hilfspaket“ – zur Rettung der Regierung Kolumbiens. Mit diesem sogenannten „Plan Colombia“ planen die USA einen neuen Krieg, einen Stellvertreterkrieg, in Lateinamerika. Gerüstet wird gegen die stärkste Guerillaarmee im „Hinterhof“ der USA. Gerüstet wird aber letztendlich auch gegen die Massenbewegungen bis hin zu den Aufstandsversuchen der unterdrückten Massen, die in den letzten Monaten verschiedene Teile Lateinamerikas erschüttert haben.

Von Marlene Hentschel, Berlin

Während sich die USA auf den militärischen Bereich stützen wollen (Hunderte von US-Beratern sind schon seit Monaten vor Ort aktiv), ist die Unterstützung der Europäischen Union und Japans im zivilen Bereich vorgesehen. Hierbei geht es vorwiegend um die ökonomische und soziale „Konsolidierung“ der paramilitärisch beherrschten Regionen Magdalena Medio und Uraba. Hier wurde schon jegliche Opposition zerschlagen, vertrieben oder umgebracht. Den militärischen Plan zur Aufstandsbehebung unterstützen Spanien (100 Mio. US-Dollar) und Norwegen (20 Mio. US-Dollar) bereits. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die rot-grüne Bundesregierung ihren Beitrag dazu geben wird.

Angst um den „Hinterhof“

Anders wie offiziell behauptet geht es dabei so gut wie gar nicht um den Kampf gegen den Drogenhandel, sondern mit Kolumbien um die soziale und politische Kontrolle eines Landes, welches inzwischen schon beinahe zu 40 Prozent von der Guerilla (FARC und ELN) beherrscht wird und laut den USA eine Gefährdung der nationalen Sicherheit Amerikas darstellt.

In den letzten Wochen hat die kolumbianische Armee im übrigen 2.500 Soldaten im Süden des Landes in die Nähe der „entmilitarisierten Zone“ entsenden lassen, und droht mit 6.000 Mann der FARC einen neuen Schlag zu versetzen.

Ein weiterer, wichtiger Grund für das Vorgehen der USA sind auch die wirtschaftlichen Interessen. Die wichtigsten Sektoren Kolumbiens sind nahezu alle in den Händen von US-amerikanischen Unternehmern, die eine weitere Ausbeutung Kolumbiens garantiert sehen wollen.

Die massive Zunahme des Cocaanbaus in Kolumbien, wie auch in Peru und Bolivien, die wach-

sende Armut (offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit 20 Prozent) und die damit einhergehenden politischen Konflikte haben ihre Gründe: Der ständig weiter sinkende Agrarpreis auf dem Weltmarkt und der Plan einer agrarischen Konterreform zwingen mehr und mehr Klein- und Mittelbauernfamilien mangels ökonomischer Alternativen auf die illegale Agrarproduktion zurück, um physisch überleben zu können. Der Versuch der Regierung, dieser Entwicklung entgegenzutreten äußert sich in dem Einsatz von paramilitärischen Einheiten, die brutal gegen die BäuerInnen vorgehen, sie von ihrem Land vertreiben, foltern oder umbringen.

So gehört Kolumbien seit Jahren zu den gewalttätigsten Teilen der Welt. Jährlich werden über 25.000 Menschen getötet (aus einer Bevölkerung von 40 Millionen), Tausende Gewerkschafter und linke AktivistInnen gekidnappt und verschleppt. In den letzten 12 Jahren wurden mehr als 2.500 Gewerkschaftsmitglieder hingerichtet, meist von paramilitärischen Organisationen, unterstützt und finanziert durch Großgrundbesitzer, Regierung und dem CIA.

Die Opposition

In einem vom Drogenhandel geprägten Land wie Kolumbien ist die herrschende Klasse, sind Regierung und Militär tief in die Mafiastrukturen verstrickt - Korruption auf höchstem Niveau stellt den Alltag dar. Von Kapitalismus und Imperialismus verwüstet, von der Rezession gebeutelt, steht Kolumbien wie so viele andere lateinamerikanische Länder angesichts der Diktatur des Marktes vor unüberwindbaren Problemen. Diese Prozesse sind nicht neu; darum hat auch die Oppositionsbewegung eine lange Tradi-

tion, die mit aller Macht versucht, gegen die Vorzuehen. So ist die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) die größte und älteste Guerillaorganisation Lateinamerikas, die auf über 40 Jahre Kampf zurückblickt und ungefähr 15-20.000 Mitglieder zählt. Die zweitgrößte Guerilla stellt die ELN (Ejército de Liberación Nacional), die zurzeit zusammen mit der FARC über 40 Prozent des Landes kontrolliert.

Aber auch diese Guerillakräfte sind weit in die Drogenmafia verwickelt und meinen, mit der Besteuerung des Drogenhandels in ihrem Territorium (was ihre Haupteinnahmequelle ist) Hilfe zu leisten. Sie kämpfen zwar gegen die Todesschwadronen, wenden aber auch selber äußerst brutale Maßnahmen gegen jene Landsmänner an, die nicht nach ihrem Sinne handeln. Sie akzeptieren Schmiergelder der Großkonzerne anstatt gegen sie vorzugehen und ein kompromissloses, sozialistisches Programm anzubieten.

Als der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens 1964 gegründet handelt die FARC nach der „Etappentheorie“. Die grundlegende Idee dieser „Theorie“ geht in die Richtung, dass in unterentwickelten Ländern wie Kolumbien zunächst die Unabhängigkeit vom Imperialismus und der Aufbau einer eigenständigen – kapitalistischen – Wirtschaft auf der Tagesordnung stehen würde. Um dies zu erreichen, wären Koalitionen oder Kompromisse mit „fortschrittlichen“ Vertretern der nationalen bürgerlichen Parteien nötig.

Die russischen Revolutionäre Trotzki, und auch Lenin, hielten dagegen, dass die herrschende Klasse in den rückständigen Ländern (mit ihrer Verflechtung zwischen Großgrundbesitzern und Industriekapitalisten), nicht fähig wäre, Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu entwickeln und die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen; Unabhängigkeit vom Imperialismus, eigenständige industrielle Entwicklung, Lösung der Landfrage, demokratische Rechte. Diese Aufgaben können nur erfüllt werden im Zuge der sozialistischen Revolution, was die Ausdehnung der Revolution zu den entwickelten Industrieländern voraussetzt.

In allen historischen Ereignissen, in denen die „Etappentheorie“ angewendet wurde, scheiterten die revolutionären Bewegungen. Auch in Ländern wie Kolumbien führt kein Weg daran vorbei, mit Imperialismus und Kapitalismus endgültig zu

brechen, und die ArbeiterInnen in den Industriestädten für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Schließlich kann die Arbeiterklasse unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke ein klares kollektives Bewusstsein als Klasse entwickeln und stellt aufgrund ihrer Rolle im Produktionsprozess die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft dar. Sie ist auch in der Lage, den Brückenschlag zur verarmten Landbevölkerung zu schaffen. Leider ist dieses Verständnis ein Buch mit sieben Siegeln für die FARC-Führer. Sie ordnen der Militärkampagne auf dem Land alle anderen Kämpfe der unterdrückten Massen unter.

Kolumbien ist nicht allein...

Der Plan „Colombia“ zeigt, wie ernst die Lage ist. Die USA machen sich Sorgen um ihren „Hin-

terhof“ Lateinamerika – und das zu Recht. Denn nicht nur in Kolumbien brodelt es. In Peru bleibt die politische Situation auch nach dem Sturz des Präsidenten Fujimoris durch eine Massenbewegung nach den Wahlfälschungen zutiefst instabil.

Mit Besorgnis wird aus Sicht des US-Imperialismus auch die Entwicklung in Bolivien verfolgt, wo ebenfalls der Kampf gegen den Drogenhandel massive Proteste auslöste, denen sich dann auch die BäuerInnen des Altiplano, LehrerInnen, Polizisten und MinenarbeiterInnen anschlossen. Bolivien monatelang in bürgerkriegsähnlichen Zustand versetzte und dies auch zum Ausruf des Ausnahmezustandes im April letzten Jahres führte.

Ecuador stürzt von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Die Besetzung der Hauptstadt Quito der indigenen Bevölkerung Anfang letzten Jahres, die andauernden Proteste und Streiks vor al-

lem gegen die Dollareinführung destabilisierten den „Hinterhof“. Die normalerweise von den USA abgeseigneten Präsidenten handeln auch nicht immer nach Plan, wie der radikale populistische Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, verdeutlicht, der öffentlich Sprüche gegen die Politik des Neoliberalismus klopft, und den USA einen Strich durch ihre Rechnung machen kann.

Der Plan „Colombia“ zeigt, wie weit die Krise schon fortgeschritten ist. Es ist die Aufgabe aller ArbeiterInnen, BäuerInnen, StudentInnen sich zu organisieren, der US-Intervention (die Erinnerungen wach werden lassen an die US-Interventionen in El Salvador oder Nicaragua vor zwanzig Jahren) massiv entgegen zu treten und gemeinsam den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus zu führen, um Arbeiterdemokratien und eine sozialistische Föderation in ganz Lateinamerika zu erkämpfen. ■



Der „Plan Colombia“ sieht den Einsatz von 60 Kampfhubschraubern und 500 Militärberatern aus den USA vor. Das ist die größte Zahl seit dem Vietnamkrieg (siehe Foto) vor dreißig Jahren

Türkei Hungerstreiks gehen weiter

Die Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der Türkei hielten Ende Januar noch immer an. Ende Dezember hatten Polizei und Armee die Gefängnisse unter Einsatz von Maschinengewehren, Flammenwerfern und Räumgerät gestürmt und dabei 30 Gefangene ermordet.

Am 20. Oktober letzten Jahres begannen mehrere hundert Gefangene einen Hungerstreik gegen die Verlegung in die Isolationsgefängnisse, die „F-Typ“-Gefängnisse. Rund 100 Gefangene waren im November in ein „Todesfasten“ eingetreten.

Das staatliche Massaker sollte dazu dienen, den Widerstand der 10.000 linken Gefangenen, die seit Jahren die Einführung von Isolationszellen nach deutschem Standard verhindern, zu brechen. Gleichzeitig nutzte die Regierung Ecevit die Auseinandersetzung um die Gefängnisse, um von den drängenden sozialen Problemen

abzulenken. In den Wochen zuvor hatten Hunderttausende gegen die vom IWF verordneten Spar- und Privatisierungspläne protestiert und gestreikt.

Mit der blutigen Eskalation um die Gefängnisse herum wurden diese sozialen Kämpfe abrupt beendet, auch weil die Gewerkschaftsführer dies nutzten, um zur Ruhe in den Betrieben aufzurufen.

Seit dem Massaker hat der Staat die Unterdrückung verschärft. Büros des Menschenrechtsvereins IHD und der legalen linken Parteien ÖDP, HADEP und EMEP wurden geschlossen, AktivistInnen inhaftiert. Bei Demonstrationen gab es viele Schwerkverletzte und Festnahmen. Auch Büros von KESK, der linken Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, wurden von Polizisten und Faschisten überfallen.

Rund 2.000 linke Gefangene wurden in die F-Typ-Gefängnisse

gebracht. Nach Angaben von UnterstützerInnen waren Ende Januar 355 politische Gefangene im Todesfasten und über 1.000 in einem unbefristeten Hungerstreik.

Erst eine Woche nach dem Angriff wurden die Aufenthaltsorte der Gefangenen bekannt gegeben. Besuche werden nur selten gewährt, der Ärztekammer Izmir wurde das Besuchsrecht verweigert. Heizungen funktionieren nicht, die Gefangenen erscheinen halbnackt zu den Besuchsterminen, haben oftmals nicht die Kraft, alleine zu laufen. Viele Gefangene wurden gefoltert und mit Schlagstöcken vergewaltigt. ■

Bitte Proteste-Faxe schicken an:
Premierminister Bülent Ecevit (Büro): 0090 312 434 2110
Justizministerium: 0090 312 414 6257
Innenministerium: 0090 312 418 7696

General Motors Europaweiter Aktionstag gegen Entlassungen

Am Donnerstag, den 25. Januar 2001 legten 40.000 Beschäftigte des Autokonzerns General Motors und der Tochterunternehmen Opel und Vauxhall die Arbeit nieder. Grenzüberschreitend streikten und demonstrierten KollegInnen in Belgien, Deutschland, Britannien, Portugal und Spanien. Allein in den deutschen Opel-Werken von Bochum über Kaiserslautern, Rüsselsheim bis Eisenach beteiligten sich 16.000.

General Motors (GM), weltweit größter Autohersteller, plant, international 16.000 Arbeitsplätze abzubauen, davon 6.000 in Europa. In Deutschland sollen in den Werken Rüsselsheim und Bochum insgesamt 1.700 Beschäftigte entlassen werden. Im Bochumer Werk sollen 700 von 13.000 Stellen wegfallen, während für 2001 in diesem Betrieb eine Produktionssteigerung von zehn Prozent angekündigt wurde.



Als erstes wollen die Konzernchefs die Vauxhall-Fabrik in Luton, eine Kleinstadt in der Nähe von London, platt machen. Die Bosse verfolgen das Ziel, das Werk bis 2002 komplett zu schließen und 2.200 Autobauer auf die Straße zu schicken. Seit dieser Hiobsbotschaft gibt es Woche für Woche zahlreiche Protestaktionen. Mehrmals hatten die ArbeiterInnen die Büroräume der Geschäftslei-

tung besetzt. Sie organisierten Demonstrationen in der Stadt, denen sich der Großteil der Bevölkerung anschloss.

Der Aktionstag des Europäischen GM-Betriebsrates am 25. Januar darf keine Eintagsfliege bleiben, sondern muss zum Ausgangspunkt für einen europaweiten gemeinsamen Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei GM und allen anderen Autokonzernen werden. ■

Ausbeutung Kolumbiens durch europäische Konzerne

Natürlich sind auch europäische Unternehmen bei der Ausbeutung Kolumbiens mit dabei. So zum Beispiel auch die deutsche Mannesmann AG und der britische Erdölkonzern BP.

Hier verhalf der Mannesmann AG eine Zahlung von mehreren Millionen Dollar an die ELN-Guerilla zum Bau einer Erdölpipeline in dem von der ELN besetzten Gebiet. Mannesmann erhielt daraufhin aufgrund der schnellen Fertigstellung des Projekts eine Bonifikation, die noch über der Zahlung an die ELN lag. BP ihrerseits beteiligte sich mit Zahlungen an die kolumbianische Armee, was ihnen eine Sicherheitsgarantie für ihre Förderanlagen im Casanare brachte. Mit Direktzahlungen für den Aufbau und der Finanzierung paramilitärischer Einheiten sorgen sie auch hier für ihre Zukunft vor.

Serie: „Kritiker des Neoliberalismus“*

Teil 4: Robert Kurz



Moderne Sklaverei

Zehntausende von Frauen, die als Hausangestellte arbeiten, werden in Europa wie Sklaven gehalten. Dies geht aus einem vom Europarat in Straßburg vorgelegten Bericht hervor. Vor allem bei Diplomaten, die wegen ihres Status praktisch strafrei seien, sei diese „moderne Form der Sklavenhalterei“ weit verbreitet. (Melung im Kölner Stadtanzeiger vom 9.1.01)

Verwüstung

Die Ausbreitung der Wüsten wird mittlerweile auf allen Kontinenten eine ernste Bedrohung. Jährlich verliert die Erde eine einst fruchtbare Fläche von der Größe der Schweiz an die Wüsten. Dadurch wird langfristig die Existenz der menschlichen Zivilisation bedroht. Laut Angaben des Bonner UN-Sekretariats der Konvention zur Wüstenbekämpfung müssten für angemessene Gegenprogramme 42 Milliarden Dollar aufgebracht werden.

Philippinen: „People Power“

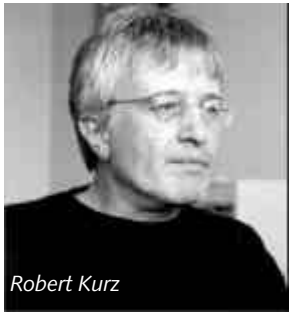
In der dritten Januarwoche wurde der korrupte Präsident der Philippinen, Estrada, durch eine Massenbewegung gestürzt. Auf dem Höhepunkt der Proteste blockierten siebenhunderttausend DemonstrantInnen alle Zufahrtsstraßen nach Manila. Außerdem war ein dreitägiger Generalstreik angedroht worden. Vorbild der Proteste war die Revolution von 1986, die die Marcos-Diktatur zu Fall brachte.

Estradas Nachfolgerin ist allerdings die Millionärin Arroyo, bisherige Vizepräsidentin. Arroyo ist auf der Linie des IMF, und befürwortet die Öffnung des Landes zur verstärkten Ausbeutung durch ausländisches Kapital. (Stellungnahme des CWI kann in der SAV-Bundeszentrale bestellt werden)

Tschechien: Besetzung des Fernsehsenders

Am 3. Januar kam es in Prag zur größten Demonstration seit der „samtenen“ Revolution 1989. 100.000 gingen für Pressefreiheit und aus Solidarität mit den JournalistInnen, die seit letzten Dezember die Nachrichtenzentrale des Tschechischen Fernsehens (CT) besetzt halten. Streik und Besetzung richteten sich gegen die von oben durchgeführte Einsetzung der Direktoren und damit gegen die regierenden Sozialdemokraten und die größte konservative Oppositionspartei, der Demokratischen Bürgerpartei, die hinter diesen Entscheidungen stehen. Obwohl der CT-Generaldirektor Hodac inzwischen zurücktreten musste, wird der Streik fortgesetzt, da die anderen Fernsehdirektoren noch im Amt sind.

(Berichte der tschechischen Schwesterorganisation der SAV sind über die SAV-Bundeszentrale erhältlich)



Robert Kurz

Ein Gegenstück zum „Schwarzbuch Kommunismus“ ist Robert Kurz' „Schwarzbuch Kapitalismus - Abgesang auf die Marktwirtschaft“, das vor einem Jahr veröffentlicht wurde, nicht direkt. Obwohl es eindrucksvoll die Verbrechen des Kapitalismus nachzeichnet, von seiner Frühgeschichte mit der brutalen Unterwerfung der Menschen unter das Fabrikssystem über Kolonialismus, Weltkriege, Faschismus bis zum „stummen Zwang der Verhältnisse“, der auch heute noch dafür sorgt, dass millionenfach Kinder auf der Welt verhungern.

Von Angela Bankert, Köln

Kurz, 1943 geboren, ist Mitbegründer des Instituts für kritische Gesellschaftstheorie in Nürnberg und Mitherausgeber und Redakteur der Theoriezeitschrift Krisis. In seinem „Schwarzbuch Kapitalismus“ zeichnet er neben der ökonomischen auch die Geschichte von Philosophie und Wissenschaft des Kapitalismus nach, ein Ritt durch Geistesgeschichte der letzten 300 Jahre, von Kant und Rousseau über de Sade und Darwin bis Ernst Jünger und dem postmodernen Soziologen Ulrich Beck.

Kurz schildert unter anderen die Biologisierung des Sozialen, bei der die kapitalistische Marktwirtschaft immer wieder als natürliche und urwüchsige Gesellschaftsgrundlage dargestellt wird. Der Konkurrenzkampf sei eben der Kampf ums Dasein, wie man ihn unter allen Lebewesen finde. Seine Fortsetzung findet der Konkurrenzkampf auf der Ebene von Nationalstaaten, „Rassen“, Ethnien als ständige Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems.

Vor allem aber arbeitet Kurz den irrationalen Kern des Kapitalismus heraus:

Nämlich Arbeit nicht zur Herstellung von Gebrauchswerten, von Mitteln für Lebensunterhalt und -qualität, sondern die Arbeitskraft wird ernennt zur Schaffung von Werten für die kapitalistische Geldmaschine,

für die Produktion von Kapital zum Zweck seiner möglichst profitablen Selbstverwertung. Die Steigerung der Produktivität dient nicht zur Verbesserung der Lebensqualität bei weniger Arbeit und mehr Muße, sondern zur stetigen Erweiterung von angehäuftem Kapital.

Die kapitalistische Warenproduktion mit ihrer betriebswirtschaftlichen Logik, der Konkurrenz und der blinden Anarchie des Marktes führt zu der Absurdität, dass immer größere wirtschaftliche Potenzen mehr Arbeitshetze einerseits - strukturelle Massenarbeitslosigkeit andererseits, mehr Reichtum auf dem einen, mehr Armut auf dem anderen Pol produziert.

Kurz beschreibt den Terror der Marktwirtschaft, die alles der betriebswirtschaftlichen Rentabilität unterwirft, und analysiert den Irrsinn der Finanzmärkte, die völlig von der Realwirtschaft losgekoppelt sind.

Absolute Schranke und Zusammenbruchkrise

Kurz zeichnet die Entwicklung des Kapitalismus, die drei industriellen Revolutionen nach: die erste geprägt durch Dampfmaschine und Übergang zur industriellen Produktion bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die zweite auf Grundlage von Automobilisierung und arbeitsmethodischen Veränderungen des Fordismus und Taylorismus etwa von den 20er bis zu den 60er Jahren, die dritte basierend auf der Mikroelektronik seit Ende der 70er Jahre.

Die Abfolge von der ersten bis zu dritten industriellen Revolution kommt bei ihm als zwangsläufige Entwicklung daher, da die Potenzen des Kapitalismus erst jetzt ausgeschöpft seien.

Die immanente Schranke des Systems sei erst mit der Mikroelektronik erreicht, die mehr Arbeit wegrationalisiere als durch Verbilligung der Produkte und Ausdehnung der Märkte neu Arbeit entstehe.

In diesem Zusammenhang spricht er auch immer wieder von Zusammenbruch und Endkrise.

Die ökonomischen Potenzen hätten aber auch zu früheren Zeiten ausgereicht, um unter nicht-kapitalistischem Vorzeichen den Menschen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Statt dessen führten Überproduktion von Kapital und Waren zu schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen, und es lag nicht an der fehlenden Mikroelektronik, sondern an den politischen Konstellationen und Kräfteverhältnissen, dass das



Robert Kurz ist zutiefst pessimistisch. Die Arbeiterklasse hat seiner Meinung nach die kapitalistischen Werte völlig verinnerlicht. Vor Massenbewegungen wie in Frankreich im Dezember 1995, als die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehrere Wochen streikten, verschließt Kurz die Augen

System nicht gestürzt wurde.

Kurz pflegt eine ökonomistische Herangehensweise, die rückblickend einen Abfolge-Automatismus unter Ausschaltung aller realen historischen Gegenbewegung nachzeichnet.

Ignoranz revolutionärer Kämpfe

Dieser Schematismus kennzeichnet alle seine Analysen und Einschätzungen.

Mit revolutionären Situationen, Umbrüchen, Übergangsformen, qualitativen Entwicklungssprüngen - überhaupt mit der Dialektik - hat es Kurz absolut nicht.

Die Pariser Kommune von 1871 liest er als Ausdruck von „tiefsitzendem Hurrapatritismus“, schließlich haben die Kommunarden das nationale Bezugssystem nicht verlassen, sei es ihnen vor allem um die Verteidigung der Nation gegen die Preußen gegangen. Maßnahmen der Kommunarden wie Abwählbarkeit der Abgeordneten und Beamten sei „rein formal“ und der Arbeiterlohn für staatliche Funktionsträger „reinquantitativ“ gewesen.

Die revolutionäre Situation nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland und anderen Teilen Europas ist Kurz einen Satz wert: Nach einem Zitat aus dem Brief einer Kriegerwitwe an Kaiser Wilhelm, in dem sie ihn untertänigst um Hilfe bei der Überführung des Leichnams ihres Mannes bittet, schreibt Kurz: „In diesem Stil verlief

dann ungefähr auch die Revolution.“ Punktum.

Und die russische Oktoberrevolution war lediglich Ausdruck der nachholenden kapitalistischen Entwicklung, die in diesem Fall eines Landes der Peripherie eben unter staatskapitalistischer Vorzeichen durchgezogen wurde. Abzulesen schon allein daran, dass die russischen Revolutionäre weder die Warenproduktion, noch Staat und Geld abgeschafft haben und die Arbeiter immer noch lang in den Fabriken arbeiten mussten...

Da Reformzugeständnisse von oben aus Furcht vor einer Revolution von unten nicht in sein Schema von der „verhauschweinten Arbeiterbewegung“ passen, erklärt er zum Beispiel die Sozialgesetzgebung Bismarcks als Ausdruck von „Umsturz-Phantasien“ der Herrschenden.

Das in der Novemberrevolution 1919 erkämpfte Frauenwahlrecht sei schlicht Folge des ersten Weltkriegs gewesen, nämlich Belohnung der Herrschenden für angeblich kreuzbrav verrichtete Frauenerwerbsarbeit in der Rüstungsindustrie.

Kurz hängt sich, wie viele Linke, daran auf, dass wie Marx es ausdrückte „Kapital keine Sache ist, sondern ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis“. Allerdings hat Marx ebenfalls herausgearbeitet, dass die Eigentümer der Produktionsmittel sich auch das gesellschaftlich Produzierte aneignen, dass der Kapitalismus ohne die Klasse der Lohnarbeiter nicht existieren kann und dass es darum geht, die gesellschaftlich organisierte Produktion auch gesellschaftlich anzueignen. Deswegen blieb für ihn die Frage der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse, und wer sich die Produktion aneignet, zentral. Darum verzichtete Marx auch nicht darauf, die ausgebeuteten Menschen am einen Pol des Kapitalverhältnisses zu mobilisieren und am Aufbau möglichst schlagkräftiger Organisationen mitzuwirken, vom Bund der Kommunisten bis zur I. Internationale.

Revolutionäre Praxis? Fehlanzeige

Das Handlungskonzept im Epilog des Buches ist mehr als dürftig.

Die „hässliche Weltmaschine des Kapitals“ soll zum Stehen gebracht und verschrottet werden. Die „herrschenden gesellschaftlichen Formen, Kategorien und Kriterien“ seien

„schlicht abzuschießen“. Man soll also das System am Kragen packen und einmotten, doch er selbst schreibt über knapp 800 Seiten, dass es gar keinen Kragen habe.

Kurz propagiert eine Art „Gegengesellschaft, die bestimmte soziale Räume gegen die kapitalistische Logik eröffnet, aus denen Markt und Staat vertrieben werden.“

Wo diese Phrase etwas konkreter wird, läuft es auf Teilzeitarbeit im Marktsektor kombiniert mit einer Art genossenschaftlicher Tätigkeit in selbstbestimmten sozialen Räumen hinaus, international vernetzt durch die neue Kommunikationstechnologie.

Wo, wie und mit wem dies praktisch laufen soll, insbesondere wie der Staat aus solchen Räumen vertrieben werden soll, erklärt er zur „müßigen Frage“. „Es handelt sich ... allein um eine Bewusstseinsfrage“, nämlich die Gehirnwäsche des Liberalismus abzuschütteln.

Woher soll die neue Praxis kommen, wo doch alle verhauschweint und verdummt sind, die kapitalistischen Werte verinnerlicht haben? Es müsse ein „ideeller und organisatorischer Fokus entstehen“. Und man reibt sich die Augen: „Es ist nach wie vor die Linke im weitesten Sinne, die allein dafür in Frage kommt.“ „Die“ Linke, und obendrein noch „im weitesten Sinne“, die er zuvor auf knapp 800 Seiten sarkastisch denunziert hat, soll dann plötzlich wieder zum Hoffnungsträger werden.

So bleibt am Ende nur tiefer Pessimismus: Am wahrscheinlichsten sei gegenwärtig, dass der Bewusstseinsprung nicht mehr vollzogen werde. Einer aufgekürzten Minderheit empfiehlt Kurz eine „Kultur der Verweigerung“ als „Emigrant im eigenen Land“ durch Dienst nach Vorschrift, Sabotage und innere Distanz.

An Stelle von Kurz' Resignation ist es dringlicher denn je, eine Kraft aufzubauen, die sich ernsthaft mit den bisherigen Versuchen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft befasst, die Lehren daraus zieht

* Die ersten drei Teile unserer Serie „Kritiker des Neoliberalismus“ setzten sich mit den Ansichten von Pierre Bourdeu, Vivianne Forrester und Paul Krugman auseinander. Die Artikel erschienen in den letzten drei Ausgaben der VORAN. Unter www.sav-online.de sind die Texte abrufbar

VW Südafrika

Erster Erfolg beim Kampf gegen Entlassungen

Vor einem Jahr hatte VW Südafrika 1.300 ArbeiterInnen entlassen. Seither haben die Entlassenen unermüdlich um ihre Wiedereinstellung gekämpft.

Die südafrikanische Metallergewerkschaft NUMSA, der Gewerkschaftsverband COSATU, der Gesamtbetriebsrat und die IGM standen in diesem Konflikt offen auf Seiten des Managements. Trotzdem gab es eine riesige Mobilisierung in Südafrika und eine machtvolle internationale Solidaritätskampagne. Unter diesem

Druck kam ein Schlichtungsverfahren zustande.

Der Schlichterspruch besagt, dass VW die Beschäftigten zum 5. Februar 2001 wieder einstellen muss. „Das ist ein wichtiger Sieg für die ArbeiterInnen der ganzen Welt, GenossInnen, ihr müsst den Sieg mit uns teilen! Wegen eurer Unterstützung, Solidarität und Entschlossenheit haben wir diesen Sieg errungen. Proletarier aller Länder vereinigt euch.“ Mit diesen Zeilen bedankten sich die VW-ArbeiterInnen bei ihren internationa-

len UnterstützerInnen. Wir geben diesen Dank weiter an alle VORAN-LeserInnen, die unsere Solidaritätsaufrufe im letzten Jahr befolgt haben.

SAV-Mitglieder haben Unterschriften und beim 1. Mai im letzten Jahr 315 Mark Spenden gesammelt und direkt an die Streikkasse der VW-KollegInnen weitergeleitet.

Allerdings kann es nötig sein, die Solidaritätskampagne weiterzuführen. VW hat nämlich erklärt, den Schlichterspruch nicht zu akzeptieren und will vor das Arbeitsgericht

Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neozis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innewerkenschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft

der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Aktivitäten

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafög von 1500 Mark netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Impressum
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

<http://www.sav-online.de>

Sozialismus Tage 2001



Berlin

13. bis 15. April

Alte Feuerwache

Axel-Springer-Str. 40

Berlin-Kreuzberg

(117 bis Spittelmarkt
unter Bus 129, 240 bis
Oranienstr./Lindenstr.)

weitere Themen an diesem Wochenende:

→ **Stoppt Nazis & Rassisten – aber wie?**

→ **Che und Kuba heute**

→ **Das Frauenprogramm der SAV**

→ **Was ist Marxismus**

sowie Diskussionsforen zu:

A: Einführung in den Marxismus

B: Debatten zu Fragen des linken Widerstandes

C: Eine Welt im Aufruhr

D: Ein Programm gegen die Unterdrückung von Frauen

E: Der Jugend eine Zukunft

Theorie und Praxis für den globalen Widerstand

Ein Wochenende voller Informationen,
Diskussionen und Debatten

Seattle, Prag, Nizza – vom Protest zur Revolution?

Bei dieser Veranstaltung werden SozialistInnen aus verschiedenen Ländern ihre Einschätzungen über die Krise des Kapitalismus und die Bedeutung der globalen Widerstandsbewegung gegen IWF, Weltbank, WTO, EU vortragen und von den Kämpfen und Bewegungen in ihren Ländern berichten:

Peter Taaffe, Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales und Mitglied im Internationalen Sekretariat des Komitees für eine Arbeiterinternationale

Ariel Gottlieb, Sozialist in Israel und Mitglied der Gruppe Maavak Sozialist

Roger Bannister, Mitglied im Vorstand von UNISON, der größten Gewerkschaft in Großbritannien

Tommy Lindquist von der Rättvissepartiet Socialisterna (RS, schwedische Schwesterpartei der SAV) berichtet von den geplanten Protesten gegen den EU-Gipfel im Juni in Göteborg:

„Wir erwarten am 16. Juni Tausende von GegendemonstrantInnen. Bis Sommer werden wir und Elevkampanjen, die Jugendorganisation, in der wir aktiv mitarbeiten, eine ganze Reihe von Demos in mehreren schwedischen Städten durchführen, um gegen das Europa der Banken und Konzerne zu protestieren. Elevkampanjen hat eine eigene Kampagne unter dem Namen „Revolt gegen die EU“ initiiert. Elevkampanjen und RS treten für ein breites linkes Bündnis gegen die EU ein. Unsere Partei, RS, hat sich in der schwedischen Arbeiterbewegung durch viele Kämpfe gegen Sozialabbau und Rassismus einen Namen gemacht. In Nordschweden haben wir lange Zeit eng mit den dortigen Bergarbeitern zusammengearbeitet, in Umea haben wir zwei Stadträte. Gemeinsam mit unseren europäischen Schwesterparteien im Komitee für eine Arbeiterinternationale werden wir zu der Demonstration am 16. 6. in Göteborg mobilisieren.“



Das Logo der
Schwedischen
Kampagne gegen den

Hinkommen

Mitreden

Aktiv werden

Sozialistische Alternative –

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13

OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13

OG West: erfragen im SAV-Büro

OG Mitte/Süd: Mittwochs, 19 Uhr Ché-Haus, Pontstr. 41

☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429

OG Prenzlauer Berg - Nord: Montags, 18.30 Uhr, Club der Volkssolidarität, Stahlheimerstr. 29/ Ecke Wichertstr.

OG Prenzlauer Berg - Süd: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Jablonskistr. 26A (S-Bahn Prenzlauer Allee)

☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, Gesamtschülervertretung, Schmidtstr. 10 (Linie 2, 3, 10 - Haltestelle Sietwall)

☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58

☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: freiburg@sav-online.de

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburgerstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)

e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kiel

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der

SAV-Bundeszentrale

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12,

☎ 0561 - 92 23 522

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 19 Uhr Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79

OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstr. (U-Bahn Kalk Kapelle)

☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)

OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)

☎ 0381- 499 65 90 e-Mail: savrostock@aol.com

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)

e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9,

OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreundeladen Senefelderstr. (Haltestelle Feuersee)

☎ 0711 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Münster, Solingen, Trier über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

27. Januar

Die nächste VORAN erscheint am

1. März

Ein Leben für den Sozialismus Zum Tod des Genossen Horst Steinert

„Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde
lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.“

Bertolt Brecht



„Unser Genosse Horst Steinert ist am 12. Dezember 2000 im Alter von 83 Jahren an Krebs gestorben. Horst war 73 Jahre lang aktiver Kämpfer in der revolutionären Arbeiterbewegung. Mit ihm haben wir nicht nur unser ältestes Mitglied verloren. Horst war eine unermüdete Quelle der Motivation, des Optimismus und des Humors. Er war die Verkörperung des antifaschistischen, kommunistischen Arbeiters, der sein ganzes Leben in den Dienst des Kampfes gegen Unterdrückung und Ungleichheit gestellt hat. Horsts Tod reißt in die SAV und die Berliner Arbeiterbewegung eine Lücke, die nicht wieder geschlossen werden kann.“

Horsts Leben ist ein Spiegel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den 20er Jahren an. Es war vor allem geprägt durch die schlimmste Niederlage der Arbeiterklasse, dem Faschismus. Aber auch durch die stalinistische Diktatur, dem Verrat an der Idee des Sozialismus. Doch trotz all dieser Rückschläge hat Horst uns gezeigt, dass man nie aufgeben darf, dass es sich immer lohnt, weiter zu kämpfen für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft. Er hat sein ganzes Leben dem Kampf für Sozialismus gewidmet, unbeirrbar, unkompromittierbar, und so ein Vorbild für uns alle gegeben.

Mit 10 Jahren trat er 1927 dem Jung-Spartakusbund bei, er erlebte den sogenannten „Blutmai“, den 1. Mai 1929 in Berlin, als im roten Wedding die SPD auf demonstrierende ArbeiterInnen schießen ließ. Horst wollte, mit anderen, Verletzte von der Straße holen, dabei wurde er ins Bein geschossen. Er sagte häufig, dass wäre seine politische Taufe gewesen.

Kampf gegen den Hitlerfaschismus

Horst war immer der Meinung

gewesen, dass die Nazis hätten gestoppt werden können, durch die Einheitsfront der großen Arbeiterorganisationen. Allein zahlenmäßig wären die organisierten Linken den Faschisten überlegen gewesen. Aber die Führungen von KPD und SPD konnten sich nicht einigen, gemeinsam zu kämpfen in einer Einheitsfront, und so kam es zur schlimmsten Niederlage der Arbeiterklasse, dem Hitler-Faschismus.

Aber auch damals gab Horst nicht auf, er wurde Maulwurf, zusammen mit 10 Mann aus der kommunistischen Jugend ging er in die Hitlerjugend, und sie schafften es, 400 Jungkommunisten illegal in der Hitlerjugend zu organisieren.

So konnten sie nachts bei Ausgangsverbot Plakate kleben und Flugblätter verteilen, sogar Demonstrationen organisieren und durchführen. Auf so einer Demonstration wurde er schließlich verhaftet, 11/2 Monate vor seinem 18. Geburtstag. Die Anklage lautete auf Vorbereitung ei-

Als er entlassen wurde, hat er sich wieder in die illegale Arbeit gestürzt. Gemeinsam mit anderen fälschte er Ausweise, wodurch 2.000 sich illegal in Deutschland aufhaltende Juden überlebt haben.

Dann war der Krieg zu Ende. Horst glaubte fest, dass jetzt der Sozialismus aufgebaut würde, und half mit Feuereifer mit. Er war Mitbegründer der FDJ, und die ersten Jahre der DDR empfand er als tolle Zeit voller Aufbruchstimmung.

In Opposition zum SED-Regime

Doch dann erkannte er immer mehr, wie alles von oben bestimmt wurde, dass es keine Einbeziehung der arbeitenden Bevölkerung und keine Gerechtigkeit gab. Dass dieser Staat nur eine verzerrte Karikatur des wirklichen Sozialismus war, für den er gekämpft hatte. Beim Bauarbeiter-Aufstand 1953 war er bitter enttäuscht von den Sta-

aktiv werden. Ganz im Gegensatz zu vielen anderen Linken, die angesichts der Restauration des Kapitalismus resignierten oder Zyniker wurden.

Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE

Horst hat sich wieder der Jugend zugewandt, die für ihn immer der Schlüssel im Kampf für Sozialismus war. Er engagierte sich ab 1992 bei Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Mit seinen damals 75 Jahren wurde er eines der aktivsten Mitglieder. Die internationale Demonstration gegen Rassismus 1992 in Brüssel, an der 40.000 Leute teilnahmen, war für ihn einer der größten Erfolge. Die Jugend zu erreichen und gegen den Faschismus zu mobilisieren war in seinen letzten Lebensjahren der Mittelpunkt seiner politischen Aktivität. Horst war bei jeder Demonstration, JRE-Versammlung, bei jedem Info-Stand dabei, kopierte auf eigene Kosten tausende Flugblätter und Plakate und trieb uns immer wieder zur Aktivität an.

Auf der Gründungsveranstaltung der SAV 1994 trat Horst in unsere Partei ein. Er wollte den Kampf für den Sozialismus fortführen und fand in der SAV als kämpferische, antifaschistische und internationalistische revolutionäre Partei bis zu seinem Tode eine neue politische Heimat.

Horst hat im wahrsten Sinne des Wortes bis zu seinem Tod gekämpft. Noch drei Wochen davor besuchte er die Schulklasse eines SAV-Mitglieds, das von rechten Jugendlichen in seiner Schule bedroht wird, und gestaltete eine Unterrichtsstunde über die Erfahrungen des Hitler-Faschismus. Er nahm am 7. Oktober an der Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale teil und hielt vom SAV-Lautsprecherwagen seine letzte Rede. Am 25. November wollte

er an der Gegendemonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Berlin teilnehmen, war aber schon zu schwach und brach vor der SAV-Zentrale zusammen. Bis zuletzt besuchte er seine SAV-Ortsgruppe in Trepow-Köpenick und wurde dort auch zum Delegierten für die Bundeskonferenz gewählt, an der er leider nicht mehr teilnehmen konnte.

Wenn Horst uns die wichtigsten Lehren seines Lebens mitteilen könnte, ich denke, es wären ungefähr diese:

- Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, sie ist der Schlüssel im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft

- Keine Grabenkämpfe im Kampf gegen den Faschismus, wir besiegen die Nazis nur durch die Einheitsfront aller Arbeiter und Jugendlichen und deren Organisationen

- Wir müssen für die echte sozialistische Gesellschaft kämpfen, die nicht ohne Arbeiterdemokratie funktionieren kann. Ein Teil der Verantwortung für die Zukunft der Menschheit liegt auf unseren Schultern.

Wir sind stolz und glücklich, dass Horst Mitglied unserer Partei und Internationale war, und dass wir ihn einen Teil seines Lebens begleiten konnten. Er hat uns Mut gemacht, angegriffen, zum Lachen gebracht. Er hat uns vorgelebt, was es heißt Antifaschist, Kommunist, Revolutionär zu sein.

Er hätte sicher nicht gewollt, dass wir trauern, sondern dass wir nach vorne schauen, seinen Kampf fortführen und nie aufgeben, so wie er es uns vorgelebt hat.

Uns bleibt nur sein Vermächtnis anzunehmen und den Kampf für eine sozialistische Zukunft mit noch größerer Energie und Entschlossenheit weiter zu führen.

Christiane Mergner,
Berlin



Brüssel, 24. Oktober 1992:
Horst beteiligte sich aktiv an der Mobilisierung und Demonstration – einem europaweiten Aktionstag gegen Rassismus

nes hochverräterischen Unternehmens, und darauf stand die Todesstrafe. Da er aber noch nicht erwachsen war, kam er drei einhalb Jahre ins Gefängnis.

linisten, überwarf sich dem SED-Regime und stand bis 1989 in Opposition zum Staat.

Nach dem Zusammenbruch der DDR wollte er wieder politisch

SAV-Bundeskonferenz vom Dezember 2000

Mit 148 TeilnehmerInnen war die SAV-Bundeskonferenz, die vom 8. bis 10. Dezember 2000 in Köln stattfand, die größte seit fünf Jahren

Neben den Perspektiven für die Weltwirtschaft und der mit der „Rentenreform“ durch die rot-grüne Regierung betriebenen Privatisierung des Rentensystems spielte die Analyse der Proteste gegen die Institutionen des globalen Kapitalismus in Seattle, Melbourne, Prag und anderen Städten eine große Rolle in den Diskussionen. Die Konferenz fasste den Beschluss, mit einer bundesweiten Kampagne gegen die in diesem Jahr stattfindenden EU-Gipfel in Göteborg und Brüssel zu



mobilisieren. Mehr und mehr Jugendliche sind auf der Suche nach einer antikapitalistischen Alternative. Diese will die SAV für sozialistische Ideen gewinnen

und Jugendlichen, die sich für ihre Interessen engagieren wollen, konkrete Angebote für Gegenwehr machen.

Spenden für eine sozialistische Zukunft

Die SAV-Bundeskonferenz war geprägt durch eine deutlich optimistische und entschlossene Stimmung, die die Fortschritte, die wir im letzten Jahr beim Aufbau der Sozialistischen Alternative erreicht haben, widerspiegelte. Der Optimismus und das Vertrauen in unsere Ideen wurde auch deutlich beim Spendenappell: Mit einem Ergebnis von 28.516 Mark versprochenen Spenden haben wir unser zwischenzeitlich erhöhtes Ziel von 22.200 Mark noch einmal deutlich übertroffen. Alle ausgestellten Schuldscheine sollten jetzt schnell eingelöst werden, damit wir das Geld zum Aufbau einer starken Sozialistischen Alternative in Deutschland und weltweit verwenden können.

Ziel: 22.000 DM

Versprochen: 28.516 DM

bisher bezahlt: 20.865 DM

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

England

Im November gewann die Socialist Party ihren fünften Stadtratssitz. Sam Dias gewann eine Nachwahl in Lewisham, London. Während der Wahlkampagne konnten eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen werden. Bei den Parlamentswahlen, die im Frühjahr stattfinden werden, wird die SP als Teil des Netzwerks „Sozialistische Allianz“ 14 KandidatInnen aufstellen.

Irland

Der Parlamentsabgeordnete der Sozialistischen Partei, Joe Higgins, wurde vom 13. Dezember bis zur ersten Sitzung im Jahr 2001 vom Parlament suspendiert, weil er dagegen protestiert hat, dass in einer wichtigen Parlamentsdebatte nur die Vertreter der beiden großen bürgerlichen Oppositionsparteien Rederecht erhalten haben. Später wurde er von einer Radiosendung zum Parlamentarier mit dem „besten Auftreten“ gewählt.

Nigeria

An verschiedenen Hochschulen gibt es Angriffe der Hochschulleitungen gegen Studienaktivisten, darunter Mitglieder der Democratic Socialist Movement. So wurden an der polytechnischen Hochschule und an der Universität von Ibadan Studierende der Hochschulen verwiesen. Hintergrund sind verstärkte Angriffe auf das Bildungswesen, wie Erhöhung von Studiengebühren und die Streichung von Subventionen, gegen die sich die Studierenden zur Wehr setzen. Protestbriefe sollen gerichtet werden an: The Vice-Chancellor, University of Ibadan, UI Post Office, Ibadan, Oyo State, Nigeria und The Minister of Education, Federal Ministry of Education, FCT, Abuja, Nigeria oder per Email an registrar@ui.edu.ng; Kopien bitte an die SAV-Zentrale.

Serbien

Nach Besuchen von CWI-Mitgliedern aus Deutschland und Griechenland in Belgrad, konnte ein erstes Mitglied für das CWI gewonnen werden und Kontakt zu einer linken Jugendgruppe etabliert werden. Damit ist ein erster wichtiger Schritt für den Aufbau des CWI in Ex-Jugoslawien unternommen. Wer diesen Aufbau unterstützen will, kann Spenden unter dem Stichwort „Serbien-Fonds“ auf das Konto VORAN e.V. überweisen, Konto: 250 059 430; Postbank Essen; BLZ: 360 100 43

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793
E-Mail: cwif@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



STOPP ALLER ATOMTRANSPORTE!

CASTOR? NIX DA! Wir stellen uns quer!

Auch wenn Umweltminister Trittin wegen der erwarteten Proteste durch eine atomrechtliche Weisung den für März geplanten Castortransport vom AKW Neckarwestheim ins Zwischenlager Ahaus vorerst gestoppt hat, ist keineswegs Entwarnung angesagt. Die Weisung, die übrigens gegen die Lagervorschriften im Atomgesetz verstößt, verhindert weitere geplante Castortransporte nicht. So wird Ende März ein Castortransport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben fahren. Zum ersten Mal an der Regierung machen die Grünen jetzt deutlich, was der „sofortige Atomausstieg“ für sie bedeutet, den sie - und auch die SPD in ähnlicher Form - sich einst auf die Fahnen geschrieben hatten: weitere Atomtransporte, nach wie vor Wiederaufbereitung von Plutonium und mehr als 30 Jahre Restlaufzeit, was bedeutet, dass das letzte Kernkraftwerk, Neckarwestheim 2 - 1989 gebaut - frühestens 2021 stillgelegt wird. Also noch Zeit genug für einen Super-GAU!

**Von Conny Dahmen,
Aachen**

Angesichts dieses strahlenden Erfolges will Rot-Grün uns die Castortransporte jetzt als Notwendigkeit für den Ausstieg verkaufen, nach dem Motto: „Irgendwo muss der Müll ja

hin!“ Aber für uns muss klar sein: „Wir stellen uns quer, die Transporte kommen nicht durch!“ Dann können wir den Ausstieg wirklich beschleunigen, denn wenn die übervollen Abklingbecken von Biblis B, Philippsburg 1 und 2 und Neckarwestheim 1 und 2 nicht bald geleert werden, müssen diese Meiler abgeschaltet werden. Deswegen müssen wir die Castoren so lange wie möglich blockieren! Beim Kampf gegen Atomtransporte und Kernkraft bringen weder Parlamentsdebatten noch individuelle waghalsige Sabotageaktionen etwas. Ob WAA Wackersdorf, Schneller Brüter Kalkar, Hochtemperaturreaktor Hamm und viele mehr: Sie wurden gestoppt oder stillgelegt, weil es jahrelangen Widerstand der Bevölkerung gab. Nicht Gesetze führten zu Stilllegungen, sondern viele tausend Menschen, die sich zusammenschlossen und einen massiven Protest organisierten. Ein gemeinsamer Kampf von UmweltaktivistInnen, Gewerkschaften und Beschäftigten ist nötig, ein Kampf gegen Strommarktliberalisierung und für den Einsatz alternativer Energieformen. Wegen der großen Überkapazitäten auf dem Strommarkt wäre es kein Problem, alle Kernkraftwerke sofort abzuschalten. Die Elektrizitätswerke in Deutschland haben zusammen eine maximale Leistung von rund 80.000 Megawatt Strom. Der Bedarf beträgt aber selbst in Spitzenzeiten nie mehr als rund 60.000 Megawatt. Alternativen zu Atom- und auch Kohleenergie gibt es zuhauf. Aber Solar-, Wind- und Wasserenergie werden nur halbherzig erforscht, da sie für die Energiekonzerne kaum profitabel sind. 70 Milliarden Mark haben die Atomriesen

mittlerweile auf die hohe Kante legen können, seit 1956 haben Siemens, RWE und Konsorten über 100 Milliarden Mark an Subventionen erhalten! Da kann man schon mal die tödlichen Gefahren der Atomenergie übersehen! Auch Ölunternehmen wie Shell werden ihr Treiben niemals freiwillig beenden, auch wenn die Klimakatastrophe schon lange vor der Tür steht. Das Schicksal der Menschheit darf nicht länger in den Händen einiger Großkonzerne liegen, die für den Profit über Leichen gehen! Alle Energieunternehmen müssen auf der Stelle enteignet werden, und gehören unter die demokratische Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung gestellt. Das Problem ist aber nicht nur der Atomstrom und die Energiekonzerne, das Problem ist das ganze kapitalistische System! Um Mensch und Umwelt wirklich zu retten, brauchen wir eine sozialistische Gesellschaft. Die Macht der Banken und Konzerne muss gebrochen, die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzt werden, in der die Ressourcen nicht für die Profitinteressen weniger draufgehen, sondern allen zugute kommen. ■

- **Sofortige Stilllegung aller AKWs. Gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten**
- **Die hohen Rücklagen der Atomindustrie müssen zur Finanzierung vom Abriss der AKWs und dann für die Endlagerung eingesetzt werden**
- **Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich gegen Liberalisierung der Stromwirtschaft und für Atomausstieg**
- **Alle Energiekonzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle zu nehmen**
- **Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Einsparung von Energie und für die Erforschung und den Einsatz regenerativer Energien**

Fahr mit zu den Protesten:

➔ **26./27. März**

Blockade des Transports von La Hague nach Gorleben

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107
10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804
e-mail: info@sav-online.de

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse

Infos: 030-24723802
www.sav-online.de